

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1986

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Datenschutz und Geheimhaltung bestimmen die Statistik	67	Methoden und Techniken zur Gewährleistung von Datensicherheit und Datenschutz haben eine ebenso schnelle Entwicklung genommen wie die Computertechnologie selbst.
--	----	---

Langfristige Bevölkerungsentwicklung	68	Der Beitrag zeigt die möglichen Tendenzen bis zum Jahre 2050. Die Geburtenhäufigkeit beeinflußt erheblich Umfang und Altersstruktur der Bevölkerung nach der Jahrtausendwende.
---	----	--

Prognose des Arbeitskräftebedarfs	74	Die Prognose des Arbeitskräftebedarfs ist Teil der regionalen Bevölkerungsprognose. Das zugrundeliegende Modell wird derzeit überarbeitet.
--	----	--

Vermögensbesitz privater Haushalte Ende 1983	77	Im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, an der sich in Rheinland-Pfalz 2 900 Haushalte freiwillig beteiligt haben, wurden die Haushalte über Vermögensbestände und Ersparnisbildung befragt. Die ermittelten Daten über die Vermögensstruktur werden vorgelegt.
---	----	---

Fremdenverkehr in den Sommerhalbjahren 1975 bis 1985	80	Mit zunehmender Freizeit gewinnt der Zweiturlaub immer mehr an Bedeutung. Davon profitiert auch der rheinland-pfälzische Fremdenverkehr.
---	----	--

Ausbaugewerbe 1985	86	Es wird über Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und den Umsatz des Ausbaugewerbes berichtet.
---------------------------	----	---

Zentrale Pflege der Krankenhausautomationsverfahren	88	Vor zehn Jahren wurden unter Federführung des Statistischen Landesamtes die Grundlagen für die zentrale Pflege der in Bund-/Länder-Kooperation entwickelten Automationsverfahren für das Rechnungswesen in Krankenhäusern gelegt.
--	----	---

Anhang	25*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	31*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Keine Angst vor dem Computer

Nach Umfragen bestehen Befürchtungen, persönliche Daten könnten mißbraucht werden. Auch könnten durch die Verwendung der Computer persönliche Daten aus verschiedenen Datenbeständen zusammengeführt werden. Die Datensicherheit ist jedoch gewährleistet, und es bestehen umfassende Schutzvorkehrungen gegen unbefugten Zugriff auf die Datenbestände.

Der immer wieder vorgebrachten Vision eines hochintegrierten stark vernetzten und im totalen Datenverbund eingesetzten Computers steht die nüchterne Praxis der täglichen Arbeit eines Rechenzentrums gegenüber. wi

Mehr über dieses Thema auf Seite 67

Neues Modell der Beschäftigtenprognose

Mit der Überarbeitung des Modells zur regionalen Bevölkerungsprognose wird derzeit der Modellteil zur Vorausschätzung des Arbeitskräftebedarfs neu konzipiert. Gegenstand der Prognose sind die Beschäftigten auf Kreisebene nach einer wirtschaftssystematischen Untergliederung. Der Prognosehorizont umfaßt 15 Jahre. Alljährlich wird eine neue Prognose erstellt, die die aktuellen Änderungen in der Datengrundlage berücksichtigt. Die Vorausschätzung beschreibt die langfristigen Entwicklungstendenzen, also den Trend der Zeitreihe der Beschäftigten. Konjunkturelle Abweichungen von diesem Trend kann das Modell nicht prognostizieren.

Die Beschäftigtenprognose im nichtlandwirtschaftlichen Bereich vollzieht sich über Trendprognosen der Beschäftigtenzahlen auf Landesebene. Vom Landestrend abweichende kreisspezifische Entwicklungstendenzen werden hieraus mit Hilfe von Regionalfaktoren abgeleitet. Vor der Prognose erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren eine Bereinigung der Datengrundlage. Dieses Verfahren beinhaltet im wesentlichen eine Anpassung unterschiedlicher Berichtskreise aneinander, eine Bereinigung um Sonderentwicklungen von Großbetrieben sowie eine konjunkturelle Glättung. Die Beschäftigtenprognose für den Bereich der Landwirtschaft setzt bei einer Trendprognose der Anzahl der Betriebe an, wobei nach sieben Betriebsgrößenklassen differenziert wird. Die Betriebszahlen werden mit der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Betrieb in der jeweiligen Betriebsgrößenklasse multipliziert. Die Prognoseergebnisse werden für das Land nach 103 Wirtschaftszweigen und auf Kreisebene nach 22 Wirtschaftsbereichen differenziert ausgewiesen. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 74

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 4/86

Rheinland-Pfalz – Mitten in Europa Ein Prospekt zeigt die Stellung des Landes in der EG

Rheinland-Pfalz ist als exportorientiertes Land in besonderer Weise in die EG eingebunden. Mit Jahresbeginn sind Spanien und Portugal als elftes und zwölftes Mitgliedsländ in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen worden.

Der Europabeauftragte der Landesregierung, Finanzminister Dr. Carl-Ludwig Wagner, und das Statistische Landesamt haben das zum Anlaß genommen, in einem Prospekt die wichtigsten statistischen Eckdaten über das Land Rheinland-Pfalz in der EG vorzustellen.

In diesem handlichen Prospekt, der natürlich auch Daten über die beiden neuen Mitglieder der EG enthält, wird unter anderem gezeigt, daß

- in Rheinland-Pfalz Industrie und Bauwirtschaft 46 % zum Bruttoinlandsprodukt beitragen, in der Bundesrepublik 41 %, in Dänemark und Griechenland weniger als 30 %,
- in Rheinland-Pfalz 38 % aller zivilen Erwerbstätigen Frauen sind, in Dänemark 46 %, in Spanien nur 30 %,
- der Anteil der Selbständigen im Lande mit 13 % deutlich unter dem EG-Durchschnitt von 18 % liegt,
- der Pkw-Bestand hierzulande überdurchschnittlich hoch ist; in Rheinland-Pfalz kommen auf 1 000 Einwohner 412 Autos, im EG-Durchschnitt 341, in Portugal 135 und in Griechenland 102,
- der Anstieg der Verbraucherpreise seit 1975 in Rheinland-Pfalz und in der Bundesrepublik mit Abstand der geringste unter allen EG-Ländern ist. Griechenland führt hier mit plus 86 %,
- der Durchschnittsdeutsche im Weinverbrauch mit 25 Litern im Jahr wesentlich zurückhaltender ist als der Franzose mit 89, der Portugiese mit 87 und der Italiener mit 85 Litern. Am meisten Fleisch essen die Franzosen, die meisten Kartoffeln gibt es bei den Spaniern, Iren und Briten zum Mittagessen. Milch wird von den Iren und Dänen bevorzugt.

Das 20 Seiten starke Heft kann bestellt werden bei

- Europabeauftragter der Landesregierung
Finanzminister Dr. Carl-Ludwig Wagner
Kaiser-Friedrich-Straße 1
6500 Mainz
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Postfach
5427 Bad Ems

Lieferung bis zu 10 Exemplaren kostenlos. ge

Zentrale Pflege der Krankenhausautomationsverfahren

1975 wurde mit FINK, der Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern, das erste Krankenhausautomationsverfahren in Bund/Länder-Kooperation entwickelt. Zur Minimierung der Folgekosten und zur Erhaltung der Einheitlichkeit der gemeinsam erarbeiteten Lösung vereinbarten die Bundesländer und die kirchlichen Stellen die zentrale Durchführung der Pflege dieses Verfahrens und aller später hinzukommenden Programmpakete. Als federführende Stelle für die Entwicklung des Verfahrens wurde das Statistische Landesamt 1976 mit der bundeseinheitlichen Pflege und Weiterentwicklung des Verfahrens betraut.

Seither sind unter wechselnder Federführung Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Kirchliche Gemeinschaftsstelle für elektronische Datenverarbeitung in Frankfurt/Main (KIGST), Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) einheitliche Automationsverfahren für alle wesentlichen Teilbereiche des kaufmännischen Rechnungswesens in Krankenhäusern geschaffen worden. Nach ursprünglich dezentraler Erledigung erfolgt heute die Pflege aller in Bund/Länder-Kooperation entwickelten administrativen Krankenhausautomationsverfahren zentral im Statistischen Landesamt. Die Einrichtung der zentralen Verfahrens- und Programmpflege (ZVP) führte zu beträchtlichen Kosteneinsparungen. mt

Mehr über dieses Thema auf Seite 88

Der jüngste Habilitand war 31 Jahre alt

An den Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben sich im Jahre 1985 insgesamt 43 Personen habilitiert, acht mehr als im Jahr zuvor. Drei Viertel der Verfahren (32) wurden an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz durchgeführt.

Jeder zweite der neuen Professoren (21) war 35 bis 40 Jahre alt, drei Zehntel (13) waren älter als 40 Jahre und jeder fünfte (9) jünger als 35 Jahre. Das durchschnittliche Habilitationsalter belief sich auf 38,5 Jahre und lag damit um fast drei Jahre niedriger als im Jahre 1984. Der jüngste Habilitand war 31, der älteste 48 Jahre alt.

Unter den Habilitanden befanden sich eine Frau und zwei Ausländer.

Der Schwerpunkt der Habilitationen lag im Fachbereich Medizin mit 21 Habilitierten vor Mathematik und Naturwissenschaften mit zwölf und Sprach- und Kulturwissenschaften mit sieben. we

Geringer Geburtenrückgang

Im Jahre 1985 wurden vor rheinland-pfälzischen Standesbeamten 22971 Ehen geschlossen. Das sind 45 weniger als im Vorjahr. Bei 1804 Eheschließungen waren ein oder beide Partner Ausländer.

Auch die Zahl der Lebendgeborenen ist zurückgegangen, und zwar um 605 oder 1,7 % auf 34 899. 1962 Kinder hatten ausländische Eltern bzw. bei Nichtehelichen eine ausländische Mutter. Damit beträgt der Ausländeranteil an den Lebendgeborenen, der vor zehn Jahren noch bei 9 % gelegen hatte, wie im Vorjahr 5,6 %.

Seit 1972 sterben jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden. Bei 42 587 registrierten Sterbefällen, das sind 303 oder 0,7 % weniger als 1984, errechnet sich 1985 ein Gestorbenenüberschuß von 7 688 Personen. hl

Säuglingssterblichkeit hat weiter abgenommen

Die Zahl der im ersten Lebensjahr gestorbenen Säuglinge ist im Jahre 1985 weiter zurückgegangen. Insgesamt starben 348 Säuglinge, das sind etwa 5 % weniger als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit läßt sich anhand der Säuglingssterbeziffer aufzeigen, bei der die im ersten Lebensjahr Gestorbenen (ohne Totgeborene) auf 1 000 Lebendgeborene bezogen werden. Von 1 000 im Jahre 1985 Lebendgeborenen starben zehn vor Vollendung des ersten Lebensjahres, bei den 1984 Geborenen waren es 10,3 gewesen. Einen Wert unter zehn (9,8) gab es – allerdings nur für den deutschen Bevölkerungsteil – erstmals im Jahre 1984. Für 1985 betrug diese Ziffer der deutschen Bevölkerung 9,9.

Am deutlichsten werden die beachtlichen Erfolge in der Verminderung der Säuglingssterblichkeit bei einem längerfristigen Vergleich: Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre starben 13,2 von 1 000 Lebendgeborenen, im Jahre 1970 waren es 25 gewesen, 1960 noch 37, Anfang der 50er Jahre sogar über 50.

Die Sterblichkeit ausländischer Säuglinge lag im Zehnjahresdurchschnitt 1976/85 mit 15,1 um zwei Punkte über der deutscher Säuglinge (13,1).

Das Sterberisiko ist in den ersten sieben Tagen nach der Geburt am größten. Auf diese Zeit entfielen 1985 fast 38 % der Säuglingssterbefälle. Diese Frühsterblichkeit ist in den vergangenen zehn Jahren besonders stark gesunken (– 63 %) und hat damit in erster Linie den Rückgang der Säuglingssterblichkeit (– 48 %) bewirkt. Im selben Zeitraum verminderte sich die Totgeborenenquote von 7,2 auf 4,2 je 1 000 Geborene. hl

Nur noch 1,5 Millionen Rheinland-Pfälzer im Jahre 2050 ?

Das Statistische Landesamt hat verschiedene Modellrechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung auf Basis des Jahres 1984 vorgelegt. Die Unterschiede liegen bei den Annahmen über die künftige Entwicklung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern. Die Berechnungen gehen von Veränderungsraten zwischen - 20 % und + 100 % während der ersten zehn Prognosejahre aus und unterstellen ab 1994 Konstanz der dann erreichten Werte. In allen Modellvarianten wird das gegenwärtige Sterblichkeitsniveau als unverändert für den gesamten Vorausschätzungszeitraum angenommen.

Bleiben die Fruchtbarkeitsziffern auf dem derzeitigen Niveau, so wird die Bevölkerung bis zum Jahre 2030 von 3,62 Millionen auf 2,6 Millionen und bis zum Jahre 2050 auf 1,91 Millionen zurückgehen. Um langfristig den gegenwärtigen Bevölkerungsstand zu halten, müßte jede Frau in ihrem Leben durchschnittlich 2,2 Kinder zur Welt bringen. Das würde einen Anstieg der aktuellen Fruchtbarkeitsziffern um 66 % erfordern. Wenn man bedenkt, daß viele Partnerschaften gewollt oder ungewollt kinderlos bleiben, müßten in erheblichem Ausmaß Dritt- oder gar Viertkinder geboren werden. Eine solche Entwicklung kann unter den derzeitigen Verhältnissen nicht als realistisch angesehen werden. Selbst wenn eine Zunahme der Fruchtbarkeitsziffern um 50 % gelänge, würde die Bevölkerung langfristig abnehmen. Für 2050 errechnet sich unter dieser Annahme ein Bevölkerungsstand von 3,1 Millionen.

Als durchaus möglich können hingegen geringere Steigerungen der Fruchtbarkeitsziffern eingeschätzt werden. In jedem Fall würde das jedoch zu einem relativ starken Rückgang der Bevölkerung führen. Nehmen die Fruchtbarkeitsziffern bis 1994 um 10 % (20 %) zu, so sinkt nach den Berechnungen die Bevölkerung bis zum Jahre 2050 immer noch auf 2,11 (2,33) Millionen. Bei einer Abnahme von 10 % würde die Bevölkerungszahl bis zum Jahre 2030 auf 2,47 Millionen und bis 2050 auf 1,72 Millionen zurückgehen. Geht man von einer Abnahme der Fruchtbarkeitsziffer um 20 % aus, dann wird es im Jahre 2050 sogar nur noch 1,5 Millionen Rheinland-Pfälzer geben.

Die Entwicklung der Geburtenzahlen ist also entscheidend für den Umfang und die Struktur der Bevölkerung nach der Jahrtausendwende. Die Bandbreite möglicher Entwicklungen ist jedoch beträchtlich. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 68

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz 4/86

92 % aller Haushalte besitzen Sparbücher

Am Jahresende 1983 besaßen 92 % aller rheinland-pfälzischen Haushalte mindestens ein Sparbuch. Das durchschnittliche Sparguthaben betrug 10980 DM. Prämienbegünstigte Spareinlagen, die Ende 1978 noch in 41 % aller Haushalte mit Sparbüchern anzutreffen waren, fanden sich Ende 1983 nur noch in jedem dritten Haushalt.

Fast drei Fünftel aller an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 beteiligten Haushalte waren Eigentümer von Häusern, Wohnungen oder Grundstücken. Von ihnen hatten 73 % selbst gebaut oder gekauft, knapp ein Viertel hatte den Grundbesitz ererbt, die restlichen 3 % wurden auf sonstige Weise, zum Beispiel durch Schenkung, Eigentümer.

Über Wertpapiere verfügten 28 % aller Haushalte, über Aktien allein nur 5 %. Nach der Anlageform lagen Sparbriefe vor Aktien, Pfandbriefen, Kommunalobligationen und sonstigen Bankschuldverschreibungen.

Ende 1973 hatten 41 % aller Haushalte mindestens einen Bausparvertrag besessen, fünf Jahre später waren es schon 43 %. Ende 1983 konnte ein weiterer Anstieg auf 50 % beobachtet werden. Das durchschnittliche Bausparguthaben der Haushalte mit noch nicht ausbezahlten Beträgen bezifferte sich auf 11 065 DM.

Lebensversicherungsverträge (Versicherungen im Erlebens- und Todesfall, Risikoversicherungen beim Todesfall, Sterbegeldversicherungen, Ausbildungsver sicherungen, Aussteuerversicherungen u. ä.) hatten 67 % der befragten Haushalte. Der durchschnittliche Jahresbeitrag je Haushalt (ohne Haushalte mit Versicherungsverträgen, die 1983 beitragsfrei waren) belief sich auf 1 446 DM, das sind monatlich 120 DM. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 77

Bauüberhang zurückgegangen

Anfang 1986 gab es in Rheinland-Pfalz 24 204 genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Hochbauvorhaben. Der Bauüberhang hat sich binnen Jahresfrist um 12,7 % vermindert, da im Jahre 1985 mehr Gebäude fertiggestellt als genehmigt wurden. Der Rückgang war im Wohnungsbau mit 13,5 % etwas stärker ausgeprägt als im Nichtwohnbau, wo er 8,2 % ausmachte.

Bei rund 28 900 genehmigten Neubauwohnungen, das sind 17 % weniger als im Vorjahr, wurde der Bauzustand ermittelt. Knapp die Hälfte stand im Rohbau, ein Fünftel war noch nicht unter Dach und in einem Drittel der Fälle war mit der Bauausführung noch nicht begonnen worden. ju

30 % der Gäste Ausländer

Von April bis September 1985 kamen in die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe mehr als 3,4 Millionen Besucher. Insgesamt 12,4 Mill. Übernachtungen wurden gezählt. Fast 30 % der Gäste waren Ausländer. Über ein Viertel der Übernachtungen entfiel auf ausländische Touristen.

Rund drei Zehntel der mehr als 1 Million Ausländer waren Niederländer, gefolgt von Gästen aus den USA (20 %), Großbritannien (19 %) und aus Belgien (7,4 %). Während die Niederländer durchschnittlich 4,9 Tage und die Belgier 3,6 Tage blieben, errechnen sich für die Besucher aus Großbritannien (2,4 Tage) und den Vereinigten Staaten (2,2 Tage) kürzere Zeiten. Für die knapp 2,4 Millionen deutschen Urlauber wurde eine mittlere Aufenthaltsdauer von 3,8 Tagen festgestellt.

Überdurchschnittliche Anteile an ausländischen Gästen verzeichneten im Sommerhalbjahr 1985 die Pensionen und Fremdenheime (67 %), Ferienhäuser, -wohnungen und Ferienzentren (51 %) sowie die Hotels (35 %). Bezogen auf die Zahl der Übernachtungen lagen die Ferieneinrichtungen mit einer Ausländerquote von annähernd 60 % unter allen Betriebsarten an der Spitze.

Mehr über dieses Thema auf Seite 80

Stundenverdienst der Industriearbeiter 16,30 DM

Im Januar 1986 betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz 16,30 DM (+ 4,7 % gegenüber Januar 1985). Männliche Arbeiter erhielten 17,18 DM (+ 4,5 %), weibliche 12,23 DM (+ 5,1 %). Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Männern um 3,9 % auf 694 DM, Arbeiterinnen kamen auf 479 DM (+ 4,1 %). Die wöchentliche Arbeitszeit ging binnen Jahresfrist bei den Männern um 0,3 Stunden auf 40,4 Stunden, bei den Frauen um 0,3 Stunden auf 39,2 Stunden zurück.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) verdienten durchschnittlich 3 711 DM im Monat (+ 4,2 %), technische Angestellte 4 495 DM (+ 3,9 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 402 DM (+ 4,2 %), ihre Kolleginnen 2 340 DM (+ 4,5 %).

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen unberücksichtigt. ze

Benzin, Heizöl und teilweise auch Nahrungsmittel billiger

Verbraucherpreise im März

Die im März vom Statistischen Landesamt in Bad Ems festgestellte Stabilisierung des gesamten Verbraucherpreisniveaus ist vorwiegend auf ein weiteres Sinken der Preise für Normal- und Superbenzin (- 11 bis - 12 % gegenüber Februar), Dieselmotorkraftstoff (- 4,2 %) und Heizöl (- 5,9 %) zurückzuführen. Aber auch viele Nahrungsmittel wurden billiger angeboten. Rindfleisch zum Kochen verbilligte sich um 0,5 %, Rotbarsch-/Goldbarschfilet um 3,8 %, Bienenhonig um 0,4 %, Pflanzenöl um 0,2 %, Kartoffeln um 3,9 % und Kopfsalat um 23 %.

Nahrungs- und Genußmittel trugen ebenfalls erheblich zur Preisberuhigung gegenüber dem Vorjahr bei. Gegenüber März 1985 verbilligten sich Schweinefleisch zum Braten (- 0,4 %), Schweinekoteletts (- 0,7 %), Pflanzenmargarine (- 1,1 %), Weizenmehl (- 0,7 %), Bohnenkaffee (- 1,4 %) und Kartoffeln (- 20 %).

Geringe Preisaufschläge binnen Jahresfrist gab es dagegen bei den meisten Textilien und Lederwaren. Herrenanzüge verteuerten sich durchschnittlich um 1,5 %, Herrenmäntel um 1 %, Damenkostüme um 0,1 %, Damenkleider um 0,7 %, Herren-Straßenschuhe um 1,2 % und Damen-Straßenschuhe um 1,8 %. wr

Baubranche bestimmte Entwicklung des Handwerks

Im Jahre 1985 betrug der Umsatz des rheinland-pfälzischen Handwerks rund 18,6 Mrd. DM. Dies sind 0,9 % weniger als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür war der Umsatzrückgang des Baugewerbes (- 7,3 %). Die übrigen Handwerkszweige erwirtschafteten einen um 1,7 % höheren Umsatz als 1984. Unterschiedlich verlief dabei die Entwicklung der einzelnen Handwerkszweige. Während die Bereiche Metall (+ 2,7 %), Holz (+ 6,2 %) sowie Gesundheit und Körperpflege (+ 1,8 %) den Vorjahresumsatz übertrafen, verzeichneten Nahrungsmittel (- 0,8 %), Bekleidung (- 7,6 %) sowie Glas, Papier und Keramik (- 6,5 %) Umsatzeinbußen.

Der Personalstand der Handwerksbetriebe lag mit durchschnittlich 204 000 Beschäftigten um 3,7 % unter dem Vorjahresergebnis. Der Personalabbau betraf die Baubranche (- 7,1 %) am stärksten. Die übrigen Handwerkszweige verzeichneten Rückgänge zwischen 0,2 % (Gesundheit und Körperpflege) und 6,6 % (Glas, Papier und Keramik). Lediglich das Bekleidungsgewerbe (+ 1,3 %) beschäftigte mehr Personen als im Jahr zuvor. spe

Datenschutz und Geheimhaltung bestimmen die Statistik

Angst vor Computer durch Unwissen und Fehlinformation

Nach einer Umfrage des EMNID-Instituts Ende Januar / Anfang Februar 1986 haben von den Befürwortern der Volkszählung 54 % und von den Gegnern 93 % die Meinung, man müsse heutzutage immer fürchten, daß persönliche Daten an andere Stellen weitergegeben werden, für die sie nicht bestimmt sind. 25 % der Befürworter und 55 % der Gegner der Volkszählung haben Angst davor, daß heute überall Computer eingesetzt werden.

Die Einstellung zur Volkszählung hängt auf engste mit der Grundeinstellung zum Komplex Datenschutz/Datenmißbrauch zusammen. Gegner der Volkszählung verlangen vor allem eine sehr weitgehende Abgrenzung der Individualsphäre gegenüber dem staatlichen Informationsbedürfnis. Sie mißtrauen der Anonymitätszusicherung bei der Verarbeitung der Volkszählungsdaten und befürchten, von Sicherheitsorganen überprüft und verdächtigt zu werden.

Die Sorgen und Ängste vieler Bürger wegen des sich ausbreitenden Einsatzes von Computern in Wirtschaft und Verwaltung und der Vision von einer totalen Überwachung durch den Computer beruhen auf falschen Vorstellungen und zumeist völlig unzureichenden Informationen und Kenntnissen über das mit dem Computer technisch Machbare sowie das durch Recht und Gesetz Zulässige.

Bekanntlich können viele Aufgaben des Staates, wie die Durchführung und Auswertung von Statistiken oder die Überwachung der Wasserqualität unserer Flüsse, ohne den Einsatz von Computern nicht mehr aufgaben- und zeitgerecht durchgeführt werden.

Voraussetzung für jede Computeranwendung ist das Vorhandensein rechnerlesbarer Datensammlungen, die je nach Struktur auch Datei oder Datenbank genannt werden. Enthalten diese Datensammlungen persönliche Daten der Bürger, so wird hieran oftmals die Befürchtung geknüpft, daß auf diese Daten unbefugt zugegriffen werden könnte bzw. daß diese Daten zu anderen als den ursprünglich vorgesehenen Zwecken verwendet werden.

Gewährleistung der Datensicherheit

Von den Rechenzentren und Computerherstellern werden seit jeher Überlegungen angestellt, wie gespei-

cherte Daten vor Mißbrauch und Verfälschung geschützt werden können. Methoden und Techniken zur Gewährleistung von Datensicherheit und Datenschutz haben infolgedessen während der letzten 20 Jahre zumindest eine ebenso rasante Entwicklung genommen wie die Computertechnologie selbst. Leider wurde hierüber in den Medien viel zu wenig berichtet.

Zur Datensicherheit gehören alle Vorkehrungen, die Daten in ihrem Bestand und Inhalt schützen sowie Beeinträchtigungen der Daten bei ihrer Speicherung, Veränderung und Übermittlung verhindern. Dies beginnt bei der Installation von Schutzvorkehrungen, die den unberechtigten Zugang zu Datenverarbeitungsanlagen verwehren, geht über Maßnahmen, welche den unberechtigten Zugriff auf Datenbestände ausschließen und endet schließlich bei der Protokollierung sämtlicher Zugriffe und Veränderungen gespeicherter Daten.

Der immer wieder vorgebrachten Vision eines hochintegrierten, stark vernetzten und im totalen Datenverbund eingesetzten Computers steht die nüchterne Praxis der täglichen Arbeit eines Rechenzentrums gegenüber.

Unter dem Aspekt des technisch Machbaren ist eine totale Computerisierung des täglichen Lebens eine Illusion; eine totale Integration läßt sich unter logischen und programmiertechnischen Gesichtspunkten gar nicht herbeiführen, weil einheitliche Ordnungskriterien fehlen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß in vielen Unternehmen der Versuch, ein sogenanntes Management-Informationssystem auf der Grundlage einer integrierten Datenbasis zu schaffen, bislang nahezu immer gescheitert ist. Daß schier unüberwindbare Probleme erst dann entstehen würden, wenn man ein derartiges Unterfangen auf den Bereich des Staates ausdehnen wollte, dürfte unmittelbar einsichtig sein.

Schließlich darf die Verpflichtung zum Datenschutz nicht außer acht bleiben. Das sind alle Vorkehrungen, die den Bürger vor einem Mißbrauch seiner persönlichen Daten durch die Datenverarbeitung schützen. In den Datenschutzgesetzen des Bundes und der Länder ist festgelegt, in welchem Umfang und bei welchen Vorgängen welche Daten zu schützen sind. Daten der amtlichen Statistik dürfen darüber hinaus nur im Rahmen spezieller Gesetze unter eng begrenzten Voraussetzungen verarbeitet werden. Eine personenbezogene Nut-

zung der erhobenen und gespeicherten Daten ist durch besondere Trennungs- und Löschungsvorschriften von vornherein ausgeschlossen.

Schutzvorkehrungen gegen unbefugten Zugriff

Die Anbieter und Nutzer von Computern haben im Laufe der Zeit umfangreiche Datensicherungseinrichtungen entwickelt. Ein Teil dieser Einrichtungen zielt darauf ab, nur autorisierte Zugriffe auf einzelne Datenbestände zu gewährleisten. Hierbei werden im Prinzip Verfahren verwendet, wie sie seit jeher zum Schutz von Dokumenten üblich sind. An die Stelle von Schlössern und Schlüsseln bei der traditionellen Datenaufbewahrung in Schränken und Tresoren ist beim Computer ein System geheimer Benutzerwörter und Zugangsprüfungen getreten. Viele der heute zur Steuerung von Computern eingesetzten sogenannten Betriebssysteme enthalten derartige Schutzvorkehrungen von vornherein. Wo dies nicht oder nicht in ausreichendem Maße der Fall ist, sind zusätzliche Programmpakete erhältlich, die ausreichende Sicherheit bringen. Diese Pakete gewährleisten auch, daß das immer wieder zitierte „Anzapfen“ von Rechnern verhindert werden kann.

Hinzu kommt die Möglichkeit, Daten mittels kryptologischer Methoden zu verschlüsseln. Schließlich werden personenbezogene Daten, bei denen nach der Erhebung ein „Zurückführen auf die einzelne Person“ nicht mehr notwendig ist, anonymisiert gespeichert. Neben diesen datenverarbeitungstechnischen Sicherheitsvorkehrungen ist in einem modernen Rechenzentrum der Zugang zum Computer durch entsprechende bauliche Vorkehrungen und automatische Kontrollen auf einen kleinen Mitarbeiterkreis begrenzt. Darüber hinaus besteht unter Datenschutzgesichtspunkten in unserem Rechenzentrum eine organisatorische Funktionsteilung. Fachabteilung, Programmierung und DV-Produktion werden durch räumliche Trennung und organisatorische Regelungen voneinander abgeschottet. Im Rahmen einer derartigen Organisation ist die Verarbeitung von Daten stets an die Zustimmung mehrerer Personen gebunden, die unterschiedlichen Funktionsbereichen angehören. Diese Personen sind auf die Beachtung der gesetzlichen Geheimhaltungs- und Datenschutzvorschriften verpflichtet. Moderne Datenverarbeitungsan-

lagen protokollieren jeden Versuch des Zugriffs auf Datenbestände. Der Computer kann hierbei so programmiert werden, daß bereits der erste Versuch eines unberechtigten Zugriffs zu einer totalen Blockade der betreffenden Daten führt. Durch die organisatorische und funktionale Aufgabenverteilung wird auch einer unerlaubten Verquickung von Daten vorgebeugt.

Das Statistische Landesamt pflegt eine über Jahrzehnte entwickelte, vorbildliche Tradition, was den Umgang mit den anvertrauten Daten des Bürgers und der Wirtschaft angeht. Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Volkszählungsgesetz wurden die Statistischen Landesämter auf ihre Sicherheit überprüft. Hierbei wurde deutlich, daß die installierten Sicherheitseinrichtungen eine hohe Leistungsfähigkeit besitzen. Zuverlässige, sichere und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Verfahren, die auf dem neuesten Stand der Technik sind, gewährleisten dies. Die häufig vertretene These, schon der normale Gebrauch der Daten sei gefährlich, läßt sich angesichts der Praxis der amtlichen Statistik nicht aufrechterhalten. Der Sicherheitsstandard des Statistischen Landesamtes entspricht dem modernsten Stand der Technik. Eine mißbräuchliche Verwendung der Daten ist ausgeschlossen. Wer daran Zweifel äußert, unterstellt Rechtsbruch.

Automatisierung schreitet fort

In der Zukunft werden immer mehr Dienstleistungsfunktionen des öffentlichen Lebens mit Hilfe der Datenverarbeitung realisiert werden. Computer sind ein nicht mehr wegzudenkendes Instrument bei der Erledigung der immer komplexer werdenden Verwaltungs- und Planungsaufgaben. Die Qualität öffentlicher Dienstleistungen wird dabei ganz entscheidend von der funktionalen Angemessenheit, der als natürlich empfundenen Bedienung und der damit verbundenen Akzeptanz durch den Bürger beeinflußt. Um diese Akzeptanz zu erreichen, muß dafür gesorgt werden, daß Ärgernisse und deren Fortentwicklung zu Ängsten schon im Ansatz erkannt und vermieden werden.

Dr. Karl Heinz Weis
Diplom-Kaufmann Harald Wirtz

Mögliche Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2050

Langfristige Modellrechnung

Neben der 15 Jahre umfassenden regionalen Bevölkerungsprognose führt das Statistische Landesamt alljährlich eine sogenannte langfristige Modellrechnung durch. Hier werden Ergebnisse über wesentlich längere Zeiträume ermittelt. Derartige Berechnungen können natürlich nur reinen Modellcharakter haben. Es werden Entwicklungstendenzen aufgezeigt, die sich unter bestimmten Modellannahmen ergeben.

Auf die Heranziehung eines Wanderungsmodells muß im Rahmen der langfristigen Modellrechnung ganz verzichtet werden, da es keine Anhaltspunkte für die Festlegung einer adäquaten Datengrundlage gibt. Auch erscheinen differenziertere Annahmen über die Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie Ergebnisausweisungen für kleinere regionale Einheiten wenig sinnvoll. Die Berechnungen werden daher nur für das Land insgesamt durchgeführt. Zur Vorausschätzung der Sterbefälle wird das aktuelle Sterblichkeitsniveau auch für die Zukunft unterstellt.

Fragen zur Person

Frage 6 des Personenbogens

Es kann davon ausgegangen werden, daß mindestens 5 % der Bevölkerung mehr als eine Wohnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) nutzen. Das wären in Rheinland-Pfalz 180 000 bis 200 000 Personen.

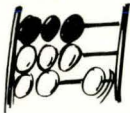
Beispiele für die Inanspruchnahme von mehr als einer Wohnung sind

- der ledige Student, Schüler oder Erwerbstätige, der die Verbindung zur elterlichen Wohnung aufrechterhält und am Studien- oder Arbeitsort – meist als Einpersonenhaushalt – in einer eigenen Wohnung, als Untermieter oder einer sonstigen Unterkunft lebt,
- der Verheiratete, der sich aus beruflichen Gründen während der Woche am weit vom Wohnsitz der Familie entfernten Arbeitsort aufhält und nur am Wochenende zurückkehrt,
- Personen, die eine zweite Wohnung besitzen, die nur zeitweise, das heißt am Wochenende oder im Urlaub genutzt wird.

Solche Personen sind in jeder dieser Wohnungen einem Haushalt zuzuordnen und beantworten für jede Wohnung die Frage 6 des Personenbogens.

FÜR ALLE PERSONEN	6 Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bewohnt ?	nein	✓
	Falls ja :	ja	✓
	a) Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben : Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie ?	nein	✓
		ja	✓
	b) Für alle übrigen Personen : Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung ?	nein	✓
		ja	✓
	c) Außerdem für Erwerbstätige, Schüler/Studenten : Gehen Sie vorwiegend von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?	nein	✓
		ja	✓

Volkszählung.



10 Minuten,
die allen helfen.

Die Unterfragen a und b orientieren sich an den melderechtlichen Kriterien für die Bestimmung der Hauptwohnung. Dementsprechend wird bei Verheirateten, die nicht dauernd getrennt leben, nach der vorwiegend genutzten Wohnung der Familie, bei allen übrigen Personen nach der von ihnen selbst vorwiegend genutzten Wohnung gefragt. Die jeweilige Antwort läßt die Festlegung des Ortes der Hauptwohnung zu.

Damit dient Frage 6 – unter Vermeidung von Doppelzählungen – der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden. Diese Zahlen werden bei der Anwendung zahlreicher Rechtsvorschriften benötigt, so beispielsweise zur Verteilung der Länderstimmen im Bundesrat (Art. 51 GG), zur Beteiligung der Länder am Aufkommen der Umsatzsteuer (Art. 107 GG), für den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (§ 2 Gesetz über den Finanzausgleich), zur Einteilung der Wahlkreise (§ 3 Bundeswahlgesetz), zur Planung der Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung (Reichsversicherungsordnung). Außerdem werden auf der so ermittelten Basis die Bevölkerungszahlen nach Alter, Geschlecht und Familienstand fortgeschrieben.

Frage 6 c richtet sich an Erwerbstätige, Schüler und Studenten. Mit der Information darüber, von welcher Wohnung aus diese zur Arbeit oder Ausbildung gehen, ist die Zuordnung des Einwohners nach dem statistischen Begriff der Wohnbevölkerung möglich und die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen früherer Volkszählungen gegeben. Darüber hinaus ergänzt Frage 6 c die Pendlerfragen des Personenbogens insofern, als sie die Abgrenzung der Tages- und Wochenendpendler zuläßt.
hl

Lebendgeborene 1984 – 2050

Jahr	Variante ¹⁾				
	konstant	- 10 %	+ 10 %	+ 30 %	+ 66 %
	Anzahl				
1984	35 500	35 500	35 500	35 500	35 500
2000	28 040	25 240	30 850	36 450	46 540
2010	23 480	20 860	26 170	31 720	42 330
2020	22 230	18 560	26 250	35 230	54 670
2030	17 110	13 860	20 720	29 000	47 510
2040	14 940	11 730	18 640	27 580	49 550
2050	13 120	9 800	17 100	27 320	54 670

1) Die Prozentsätze geben die Gesamtveränderung der Fruchtbarkeitsziffern bis zum Jahre 1994 an.

Bei der Modellberechnung auf Basis des Jahres 1984, deren Ergebnisse im folgenden dargestellt werden, wurden die altersspezifischen Sterbeziffern im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1984 im gesamten Prognosezeitraum konstant belassen. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Fruchtbarkeit wurden alternative Annahmen in Ansatz gebracht. Über die voraussichtliche Geburtenentwicklung lassen sich nur schwer verlässliche Anhaltspunkte finden. So ist es fraglich, ob der seit Mitte der 60er Jahre zu beobachtende Trend auch in Zukunft anhalten wird, oder ob nicht die negativen Tendenzen der letzten Jahre zumindest zum Teil auch Ausdruck einer zeitlichen Verschiebung der Geburten auf höhere Altersjahrgänge sind. Letzteres könnte einen Anstieg der zukünftigen Geburtenzahlen nach sich ziehen oder zumindest eine Abschwächung der negativen Tendenzen bewirken.

Alternative Entwicklung der Fruchtbarkeit

Über die Tendenzen der Geburtenentwicklung nach der Jahrtausendwende lassen sich nur Vermutungen anstellen. Bis dahin können sich die derzeitigen Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben. Vorstellungen über Ehe und Familie, über die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung usw. können schon relativ kurzfristig Wandlungen unterliegen.

Um einen Bereich möglicher Entwicklungen abzu- stecken, wurden bei der langfristigen Modellrechnung auf Basis des Jahres 1984 verschiedene Annahmen über die Fruchtbarkeit in Ansatz gebracht. Insgesamt wurden zehn Modellvarianten durchgerechnet, die sich alle dadurch auszeichnen, daß die altersspezifischen

Fruchtbarkeitsziffern des Basisjahres innerhalb von zehn Jahren um einen gewissen Prozentsatz variieren. Von 1994 an wird das dann erreichte Fruchtbarkeitsniveau bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraumes konstant gehalten. Für den Verlauf während der ersten zehn Jahre werden lineare Zu- bzw. Abnahmen unterstellt.

Um das Geburtenniveau durch eine einzige Maßzahl zu beschreiben, wird für die folgende Darstellung auf den Gesamtindex der Fruchtbarkeit zurückgegriffen. Diese Maßzahl, die vom Altersaufbau der Bevölkerung unabhängig ist, wird als Summe aller altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern ermittelt. Sie bedeutet die Anzahl der Lebendgeborenen, die – unter den Gegebenheiten des betrachteten Kalenderjahres – 1 000 Frauen beim Durchlaufen des gesamten fruchtbaren Alters von 19 bis 49 Jahren zur Welt bringen würden. Vernachlässigt werden bei dieser Betrachtung die ohnehin geringen Sterbezahlen von Frauen dieses Alters.

Die Entwicklung des Gesamtindex seit 1950 zeigt zunächst einen Anstieg von 2398 auf 2701 im Jahre 1957 und nach einem kurzzeitigen Rückgang eine weitere Zunahme auf den Höchstwert von 2769 im Jahre 1963. Danach setzte eine erhebliche Abnahme der Fruchtbarkeit ein, die 1979 ihren vorläufigen Tiefststand mit einem Gesamtindex von 1415 erreichte. Die dann folgenden leicht positiven Tendenzen wurden rasch erneut durch einen negativen Trend abgelöst; 1984 erreichte die Summe aller Fruchtbarkeitsziffern den Wert 1327.

Die erste Variante der Modellrechnung hält die Fruchtbarkeitsziffern des Basisjahres von Anfang an konstant. Die zweite Variante geht von der Annahme aus, daß die Fruchtbarkeit landesweit auf ein Niveau absinkt, wie es in der Region Rheinhessen-Nahe im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1984 vorlag. Von den fünf Planungsregionen des Landes ist Rheinhessen-Nahe diejenige mit der geringsten Fruchtbarkeit. Der Gesamtindex erreicht damit innerhalb von zehn Jahren den Wert 1235; das sind 7 % weniger als im Ausgangsjahr. Zwei weitere Varianten unterstellen abnehmende Fruchtbarkeitsziffern. Der Rückgang während der ersten zehn Jahre der Modellrechnung wird mit – 10 % bzw. – 20 % angenommen.

Bevölkerung 2000 – 2050 nach verschiedenen Varianten der langfristigen Modellrechnung

Veränderung der Fruchtbarkeitsziffern bis 1994	Gesamtindex der Fruchtbarkeit im Jahre 1994	Bevölkerung ¹⁾ im Jahre					
		2000	2010	2020	2030	2040	2050
		1 000					
konstant	1327	3 430	3 185	2 909	2 601	2 252	1 905
- 7 %	1235	3 403	3 140	2 842	2 509	2 140	1 772
- 10 %	1195	3 391	3 121	2 813	2 471	2 092	1 716
- 20 %	1062	3 353	3 057	2 720	2 347	1 942	1 542
+ 10 %	1460	3 469	3 249	3 007	2 737	2 422	2 111
+ 20 %	1592	3 508	3 313	3 107	2 878	2 601	2 331
+ 30 %	1725	3 547	3 378	3 210	3 026	2 791	2 571
+ 50 %	1991	3 625	3 507	3 423	3 339	3 201	3 101
+ 66 %	2203	3 687	3 611	3 598	3 604	3 558	3 578
+ 100 %	2654	3 819	3 834	3 991	4 220	4 408	4 763

1) Basisbevölkerung (31.12.1984): 3 624 000.

Konstanz der Bevölkerung bei 2,2 Kindern je Familie

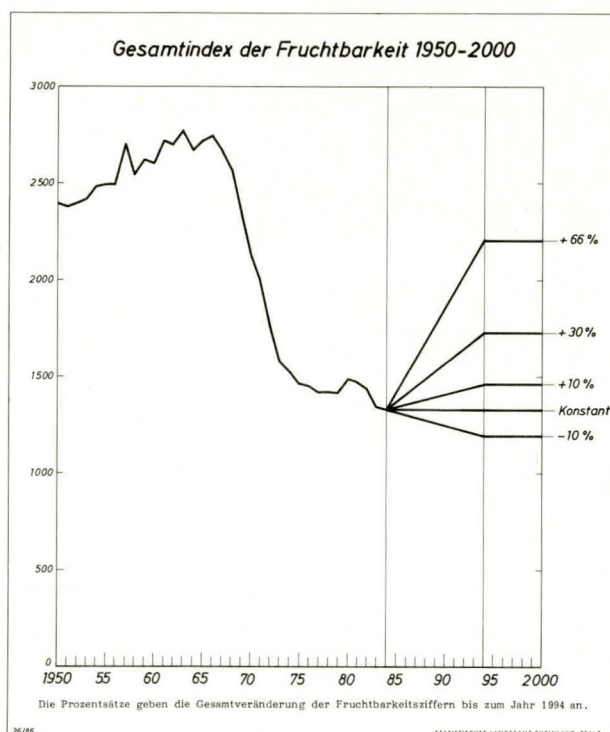
Die weiteren sechs Varianten gehen von einer Zunahme der Fruchtbarkeit zwischen 10 % und 100 % aus. Eine dieser Alternativen unterstellt einen Anstieg des Gesamtindex auf einen Wert von 2 200, das entspricht einer Zunahme von 66 % gegenüber dem Basisjahr. Bei diesem Fruchtbarkeitsniveau ist langfristig eine Konstanz des Bevölkerungsstandes zu erwarten. Das würde bedeuten, daß jede Frau im Verlaufe ihres Lebens durchschnittlich 2,2 Kinder zur Welt bringen müßte, um den Bestand der Bevölkerung langfristig zu sichern. Da viele Partnerschaften gewollt oder ungewollt kinderlos bleiben, müßte zur Erreichung dieses Durchschnitts auch eine Vielzahl von Familien drei, vier oder mehr Kinder haben. Eine solche Entwicklung muß wohl unter den derzeitigen Verhältnissen als unrealistisch angesehen werden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß veränderte Rahmenbedingungen mittel- oder langfristig solche oder gar noch höhere Geburtenziffern ermöglichen. In einer extremen Variante unterstellt das Modell daher eine Zunahme der Fruchtbarkeitsziffern von 100%.

Bleiben die Fruchtbarkeitsziffern auf dem derzeitigen Niveau, so wird die Bevölkerung bis zum Jahre 2030 von 3,62 Millionen auf 2,6 Millionen und bis zum Jahre 2050 auf 1,91 Millionen zurückgehen. Bei den anderen Varianten errechnen sich Bevölkerungsstände, die im Jahre 2030 zwischen 2,3 und 4,2 Millionen liegen und 2050 eine Bandbreite von 1,5 bis 4,8 Millionen erreichen.

Bevölkerung nach Altersgruppen 1984 – 2050

Jahr	Variante ¹⁾				
	konstant	- 10 %	+ 20 %	+ 30 %	+ 66 %
1 000					
unter 19jährige					
1984	800,0	800,0	800,0	800,0	800,0
2000	661,7	622,9	700,6	778,4	918,3
2010	538,4	484,9	592,2	700,0	896,1
2020	446,9	392,2	504,0	624,7	864,6
2030	398,7	334,3	468,8	625,2	962,5
2040	326,0	263,6	395,8	557,1	924,5
2050	278,3	217,3	349,1	521,6	950,9
19- bis unter 60jährige					
1984	2 073,0	2 073,0	2 073,0	2 073,0	2 073,0
2000	1 930,0	1 930,0	1 930,0	1 930,0	1 930,0
2010	1 846,5	1 836,1	1 856,9	1 877,8	1 915,3
2020	1 629,5	1 588,5	1 670,6	1 752,8	1 900,7
2030	1 279,1	1 213,5	1 345,0	1 477,6	1 718,9
2040	1 142,0	1 044,7	1 242,1	1 449,7	1 849,1
2050	968,8	847,1	1 096,9	1 370,7	1 924,7
60jährige und ältere					
1984	750,9	750,9	750,9	750,9	750,9
2000	838,5	838,5	838,5	838,5	838,5
2010	799,9	799,9	799,9	799,9	799,9
2020	832,8	832,8	832,8	832,8	832,8
2030	923,1	923,1	923,1	923,1	923,1
2040	784,2	784,2	784,2	784,2	784,2
2050	658,4	651,7	665,0	678,3	702,2

1) Die Prozentsätze geben die Gesamtveränderung der Fruchtbarkeitsziffern bis zum Jahre 1994 an.



Dieser Bereich errechneter zukünftiger Bevölkerungszahlen ist natürlich erheblich, jedoch kann keine der zehn Alternativen von vornherein völlig ausgeschlossen werden. Die Berechnungen zeigen, daß die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in starkem Maße von der Geburtenhäufigkeit abhängt. Erschwerend kommt noch hinzu, daß das Geburtenverhalten sich nicht nur auf die Gesamtbevölkerung, sondern schon frühzeitig ganz erheblich auf einzelne Altersjahrgänge auswirkt. Prognoseergebnisse können damit bei unerwarteten Veränderungen, beispielsweise für die Kindergartenplanung, schon nach wenigen Jahren unbrauchbar sein.

Um eine übersichtlichere Darstellung zu ermöglichen, werden für die Ableitung weiterer Ergebnisse fünf der zehn Modellvarianten betrachtet. Die folgenden Veränderungsdaten der Fruchtbarkeitsziffern bis zum Jahre 1994 werden zugrunde gelegt:

- Variante 1: konstant
- Variante 2: - 10 %
- Variante 3: + 10 %
- Variante 4: + 30 %
- Variante 5: + 66 %

Am plausibelsten erscheint gegenwärtig eine Entwicklung, die sich zwischen der zweiten und dritten Variante vollzieht. Jedoch sind bei entsprechenden gesellschaftlichen Veränderungen auch die anderen Alternativen nicht auszuschließen.

Die berechnete Anzahl der Lebendgeborenen der letzten Modellvariante, die langfristig die Bestandserhaltung der Bevölkerung gewährleisten soll, schwankt nach der Jahrtausendwende – in Abhängigkeit vom variierenden Altersaufbau der Bevölkerung – zwischen gut 40 000 bis zu 55 000 jährlich. Im Vergleich zu den

Bevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter 1984 – 2050

Jahr	Variante 1)					Variante 1)				
	konstant	- 10 %	+ 10 %	+ 30 %	+ 66 %	konstant	- 10 %	+ 10 %	+ 30 %	+ 66 %
	1 000					1 000				
unter Dreijährige						Drei- bis unter Sechsjährige				
1984	107,4	107,4	107,4	107,4	107,4	110,0	110,0	110,0	110,0	110,0
2000	87,3	78,6	96,0	113,5	144,9	98,8	88,9	108,7	128,4	164,0
2010	70,3	62,7	78,1	94,0	124,0	71,7	64,4	79,1	93,9	121,0
2020	67,4	56,6	79,1	105,3	161,5	69,4	59,4	80,0	103,3	152,0
2030	52,4	42,5	63,4	88,5	144,4	56,9	46,4	68,5	94,8	153,0
2040	44,9	35,4	55,8	81,9	145,2	46,0	36,8	56,5	81,2	138,9
2050	39,9	30,0	51,9	82,3	163,4	41,9	31,9	53,8	83,7	161,5
Sechs- bis unter Zehnjährige						Zehn- bis unter 16jährige				
1984	137,4	137,4	137,4	137,4	137,4	261,9	261,9	261,9	261,9	261,9
2000	146,4	134,0	158,8	183,6	228,3	222,5	214,7	230,4	246,1	274,4
2010	102,5	92,2	112,8	133,3	170,4	185,5	167,0	204,1	241,2	307,9
2020	93,1	81,6	105,1	130,5	181,3	141,5	126,6	156,7	187,3	244,3
2030	83,4	68,8	99,5	135,6	214,9	136,4	115,7	158,7	208,0	312,6
2040	64,5	52,0	78,5	110,7	183,9	109,0	88,7	131,5	182,7	296,5
2050	58,1	45,0	73,3	110,9	205,7	90,7	72,0	112,0	162,6	283,3
16- bis unter 19jährige						19- bis unter 25jährige				
1984	183,3	183,3	183,3	183,3	183,3	386,2	386,2	386,2	386,2	386,2
2000	106,8	106,8	106,8	106,8	106,8	211,9	211,9	211,9	211,9	211,9
2010	108,4	98,7	118,2	137,7	172,7	223,0	212,9	233,0	253,2	289,5
2020	75,4	67,9	83,0	98,2	125,5	177,0	159,3	194,7	230,1	293,9
2030	69,6	60,8	78,8	98,4	137,7	139,8	124,7	155,1	186,5	245,4
2040	61,6	50,7	73,6	100,7	160,0	134,0	112,9	156,8	207,4	315,8
2050	47,8	38,5	58,1	82,2	137,0	105,4	85,6	127,4	177,5	289,2

1) Die Prozentsätze geben die Gesamtveränderung der Fruchtbarkeitsziffern bis zum Jahre 1994 an.

35 500 Geborenen des Basisjahres bedeuten diese Zahlen eine erhebliche Steigerung. Die Geburtenzahlen der anderen Varianten liegen zwischen 20 860 und 31 720 im Jahre 2010, zwischen 13 860 und 29 000 im Jahre 2030 und zwischen 9 800 und 27 320 im Jahre 2050.

Unsichere Grundlagen für die Bildungsplanung

Für die Bildungsplanung ist die voraussichtliche Entwicklung jüngerer Altersklassen, also der Bevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter, von Interesse. Die Unterschiede in den Ergebnissen der einzelnen Modellvarianten sind hier schon in relativ frühen Prognosejahren erheblich. So ist die Anzahl der Kinder, die in einem Alter sind, in dem normalerweise der Kindergarten besucht wird (drei- bis unter sechsjährige), schon im Jahre 2010 mit 121 000 bei der fünften Variante nahezu doppelt so hoch wie bei der zweiten Variante. Legt man die Fruchtbarkeitsziffern des Basisjahres für den gesamten Berechnungszeitraum zugrunde, so wird die Anzahl der Kinder dieses Alters, ausgehend von 110 000 im Jahre 1984, kontinuierlich absinken und im Jahre 2020 nur noch 69 400, im Jahre 2050 sogar nur 41 900 betragen.

Die für den Schulbesuch üblichen Altersgruppen sind für die Grundschulen bei sechs- bis unter zehn Jahren, für die Sekundarstufe I bei zehn- bis unter 16 Jahren und für die Sekundarstufe II bei 16- bis unter 19 Jahren anzusetzen. Die für das Jahr 2010 errechneten Werte liegen bei den sechs- bis unter zehnjährigen zwischen 92 200 und 170 400, bei den zehn- bis unter 16jährigen zwischen 167 000 und 307 900 und bei den 16- bis unter 19jährigen zwischen 98 700 und 172 700. Die mit der

Status-quo-Variante errechneten Bevölkerungszahlen liegen in den drei Altersgruppen im Jahre 2050 um 58 %, 65 % und 74 % unter den Zahlen des Basisjahres.

Die langfristige Modellrechnung für die jungen Erwachsenen im Studienalter (19- bis unter 25jährige) brachte ähnliche Ergebnisse. Die Bandbreite möglicher Entwicklungen umfaßt für das Jahr 2010 einen Bereich von 212 900 bis zu 289 000 Personen. Dies ist ein im Vergleich zu den niedrigeren Altersgruppen relativ schmaleres Intervall, was dadurch erklärbar ist, daß sich unter sonst gleichen Bedingungen die unterschiedlichen Annahmen über die Geburtenentwicklung nur auf solche Altersjahre auswirken, die innerhalb des Prognosehorizonts geboren werden. Die Berechnungen mit den konstanten Fruchtbarkeitsziffern ergeben wiederum kontinuierlich abnehmende Besetzungszahlen auch in dieser Altersgruppe. Der für das Jahr 2050 errechnete Wert liegt mit 105 400 um 73 % unter dem des Basisjahres.

Die unter verschiedenen Annahmen zur Fruchtbarkeit ermittelten Ergebnisse der langfristigen Modellrechnung zeigen sehr deutlich die Problematik einer längerfristigen Bevölkerungsprognose und für die daraus abzuleitenden Planungen. Eine langfristige Bildungsplanung scheint auf Grundlage dieser Prognosewerte geradezu unmöglich, zumindest ist es erforderlich, Annahmen über die zukünftige Geburtenentwicklung vorher zu konkretisieren. Diese Einschränkung soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ergebnisse für einen kurz- bis mittelfristigen Prognosehorizont schon recht deutliche Tendenzen aufzeigen können und damit durchaus verwertbare Planungsunterlagen darstellen. Die prognostizierten Zahlen aus der jährlich erstellten 15 Jahre umfassenden Bevölkerungsvorausschätzung,

in die im Vergleich zur langfristigen Modellrechnung differenziertere Annahmen einfließen, sind hierfür sicherlich eine brauchbare Grundlage ¹⁾. Bei der langfristigen Modellrechnung geht es primär darum, aufzuzeigen, wie sich die Ergebnisse in Abhängigkeit von der Variation bestimmter Eingabeparameter verändern.

Steigende Belastungsquoten durch ältere Menschen

Als Indikator für das Ausmaß der Belastung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch die Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter werden sogenannte Belastungsquoten errechnet. Diesen Verhältniszahlen liegt eine entsprechende altersmäßige Untergliederung der Bevölkerung zugrunde. Für die Gruppe der Erwerbsfähigen werden im folgenden die 19- bis unter 60jährigen betrachtet. Diese Abgrenzung ist enger gefaßt, als sie mit 15 und 65 Jahren bisher normalerweise vorgenommen wurde, dürfte aber eher den in der Zukunft zu erwartenden Tendenzen Rechnung tragen. Bei dieser Gruppierung stellen die unter 19jährigen die Personen, die noch nicht erwerbsfähig sind, und der Bevölkerungsteil im Alter 60 Jahre und älter diejenigen, die nicht mehr erwerbsfähig sind.

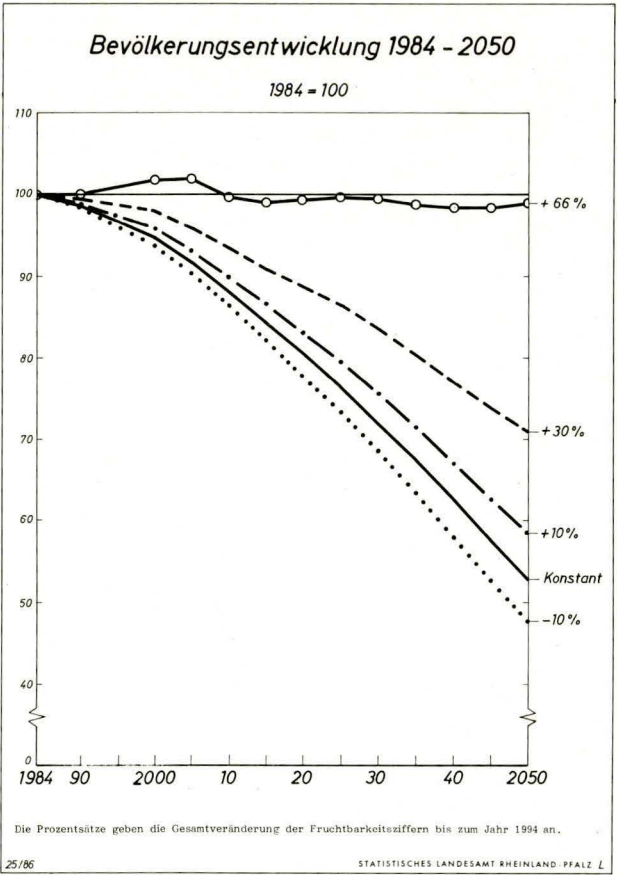
Die Unterschiede in den Ergebnissen nach den verschiedenen Modellvarianten sind bei der unteren Altersgruppe relativ groß, bei der oberen Altersgruppe hin-

1) Prognoseergebnisse und Modellbeschreibungen wurden in den Statistischen Monatsheften schon mehrfach veröffentlicht.

Belastungsquoten 1984 – 2000

Jahr	Variante ¹⁾				
	konstant	- 10 %	+ 10 %	+ 30 %	+ 66 %
	%				
Gesamtbelastung ²⁾					
1984	74,8	74,8	74,8	74,8	74,8
2000	77,7	75,7	79,7	83,8	91,0
2010	72,5	70,0	75,0	79,9	88,6
2020	78,5	77,1	80,0	83,2	89,3
2030	103,3	103,6	103,5	104,8	109,7
2040	97,2	100,3	95,0	92,5	92,4
2050	96,7	102,6	92,5	87,5	85,9
Belastung durch Kinder und Jugendliche ³⁾					
1984	38,6	38,6	38,6	38,6	38,6
2000	34,3	32,3	36,3	40,3	47,6
2010	29,2	26,4	31,9	37,3	46,8
2020	27,4	24,7	30,2	35,6	45,5
2030	31,2	27,5	34,9	42,3	56,0
2040	28,5	25,2	31,9	38,4	50,0
2050	28,7	25,7	31,8	38,1	49,4
Belastung durch ältere Personen ⁴⁾					
1984	36,2	36,2	36,2	36,2	36,2
2000	43,4	43,4	43,4	43,4	43,4
2010	43,3	43,6	43,1	42,6	41,8
2020	51,1	52,4	49,9	47,5	43,8
2030	72,1	76,1	68,6	62,5	53,7
2040	68,7	75,1	63,1	54,1	42,4
2050	68,0	76,9	60,6	49,5	36,5

1) Die Prozentsätze geben die Gesamtveränderung der Fruchtbarkeitsziffern bis zum Jahre 1994 an. – 2) Personen, die unter 19 oder 60 und älter sind, bezogen auf die 19- bis unter 60jährigen. – 3) Unter 19jährige, bezogen auf die 19- bis unter 60jährigen. – 4) 60jährige und ältere, bezogen auf die 19- bis unter 60jährigen.



gegen kommen die verschiedenen Annahmen zur Geburtenentwicklung erst in sehr fernen Prognosejahren zum Tragen. Die Status-quo-Variante errechnet, ausgehend von 800 000 unter 19jährigen im Basisjahr, permanente Abnahmeraten bis auf 278 300 im Jahre 2050. Die Zahl der 19- bis unter 60jährigen fällt im gleichen Zeitraum von 2 073 000 auf 968 800, bei den Personen im Alter von 60 Jahren und mehr ist die Entwicklung etwas uneinheitlich, die Anzahl liegt im Jahre 2050 mit 658 400 unter der des Basisjahres (750 900), für die Kalenderjahre dazwischen sind jedoch auch wesentlich höhere Werte errechnet worden.

Bei der Berechnung der Belastungsquoten wird unterschieden nach der Belastung durch Kinder und Jugendliche – hier werden die unter 19jährigen zu den 19- bis unter 60jährigen in Beziehung gesetzt – und der Belastung durch ältere Personen. Die Gesamtbelastungsquote ergibt sich durch Summenbildung aus der Jugendlichen- und der Altenbelastungsquote.

Die errechnete Belastung durch Kinder und Jugendliche fällt im Vergleich der verschiedenen Varianten natürlich um so höher aus, je größer die in das Modell einfließenden Fruchtbarkeitsziffern sind. Bei der Berechnung mit konstanten oder abnehmenden Fruchtbarkeitsziffern ergeben sich über den gesamten Vorausschätzungszeitraum relativ deutlich abnehmende Quoten, in den anderen Modellvarianten bei wechselnden Zu- und Abnahmen insgesamt gleichbleibende bzw. – bei der fünften Variante – zunehmende Tendenzen der Belastung.

Die Altenbelastungsquote ist um so höher, je kleiner die in das Modell einfließenden Geburtenziffern sind. Merkliche Unterschiede stellen sich aber erst in späten Prognosejahren ein. Alle Modellvarianten errechnen jedoch für die Zukunft eine durch die älteren Menschen steigende Belastung, mit einem Maximum etwa im Jahre 2030. Die Unterschiede zum Ausgangsjahr 1984 sind zum Teil beträchtlich.

Die Gesamtbelastungsquote zeigt – unabhängig von den zugrunde gelegten Annahmen über die Geburtenentwicklung – zunächst tendenziell zunehmende Verläufe mit einem Höchstwert im Jahre 2030. Die daran anschließenden abnehmenden Tendenzen fallen um so stärker aus, je größer die in die Berechnungen einfließenden Fruchtbarkeitsziffern sind.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Revidiertes Modell zur Prognose des Arbeitskräftebedarfs

Regionales Bevölkerungsprognosemodell

Das Modell zur Prognose der Bevölkerung wird derzeit grundlegend überarbeitet. Die Arbeiten an dem Modellteil zur Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung sind abgeschlossen. Wesentliche Neuerungen gegenüber der früheren Modellversion sind die Regionalisierung der Sterblichkeit und der Ergebnisausweis auf Verbandsebene. Zur Vorausschätzung der räumlichen Bevölkerungsbewegung wurde als Neuerung ein demographisches Wanderungsmodell in das Prognosesystem integriert, das Wanderungsbewegungen mit Hilfe von Fort- und Zuzugsziffern allein auf der Grundlage der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung prognostiziert und damit eine vergleichsweise einfache Struktur aufweist¹⁾. Erste Ergebnisse aus diesem Modell sind im Laufe dieses Jahres zu erwarten. Das wesentlich komplexere ökonomische Wanderungsmodell leitet Wanderungen aus der ungleichgewichtigen Entwicklung des Arbeitsmarktes ab. Der Modellteil, der die Angebotsseite, also das Erwerbspotential, betrifft, ist bereits konzipiert. Mit den erforderlichen Programmierarbeiten wurde begonnen. In dem vorliegenden Beitrag wird das neue Konzept zur Prognose des Arbeitskräftebedarfs vorgestellt. Demographisches und ökonomisches Modell sollen im weiteren Verlauf der Arbeiten zu einem Gesamtmodell verknüpft werden.

Datenlage bestimmt Modellstruktur

Gegenstand der Prognose des Arbeitskräftebedarfs sind die Beschäftigten auf Kreisebene nach einer wirtschaftssystematischen Untergliederung. Der Prognosehorizont umfaßt 15 Jahre. Alljährlich wird eine neue Prognose erstellt, die die aktuellen Änderungen in der Datengrundlage berücksichtigt.

Das Modell übernimmt den Beschäftigtenbegriff aus der Arbeitsstättenzählung. Zu den Beschäftigten eines Unternehmens bzw. Betriebes zählen danach die tätigen Inhaber, die mithelfenden Familienangehörigen und alle Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Unternehmen stehen. Teilzeitbeschäftigte werden voll mitgezählt. Personen, die in mehreren Unternehmen bzw. Betrieben tätig sind, werden auch mehrfach als Beschäftigte gezählt.

Die Struktur des Modells zur Prognose der Beschäftigten wird in starkem Maße von dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial bestimmt, das eine im Grundsatz unterschiedliche Behandlung des nichtlandwirtschaftlichen Bereichs einerseits und der Landwirtschaft andererseits erfordert sowie Einfluß auf die Tiefe der wirtschaftssystematischen Gliederung hat.

Die wichtigsten Datengrundlagen für den nichtlandwirtschaftlichen Bereich stellen die als Totalerhebung durchgeführten Arbeitsstättenzählungen dar. Diese finden jedoch nur in größeren zeitlichen Abständen statt und sind damit als alleinige Materialquelle für eine Prognose nicht ausreichend. Sie sind mit Zahlen aus einer Vielzahl laufender Statistiken fortzuschreiben, so mit der Beschäftigtenstatistik, der Personalstandsstatistik, der Umsatzsteuerstatistik sowie der Groß- und der Einzelhandelsstatistik.

Mehrstufige Bereinigung der Datengrundlage

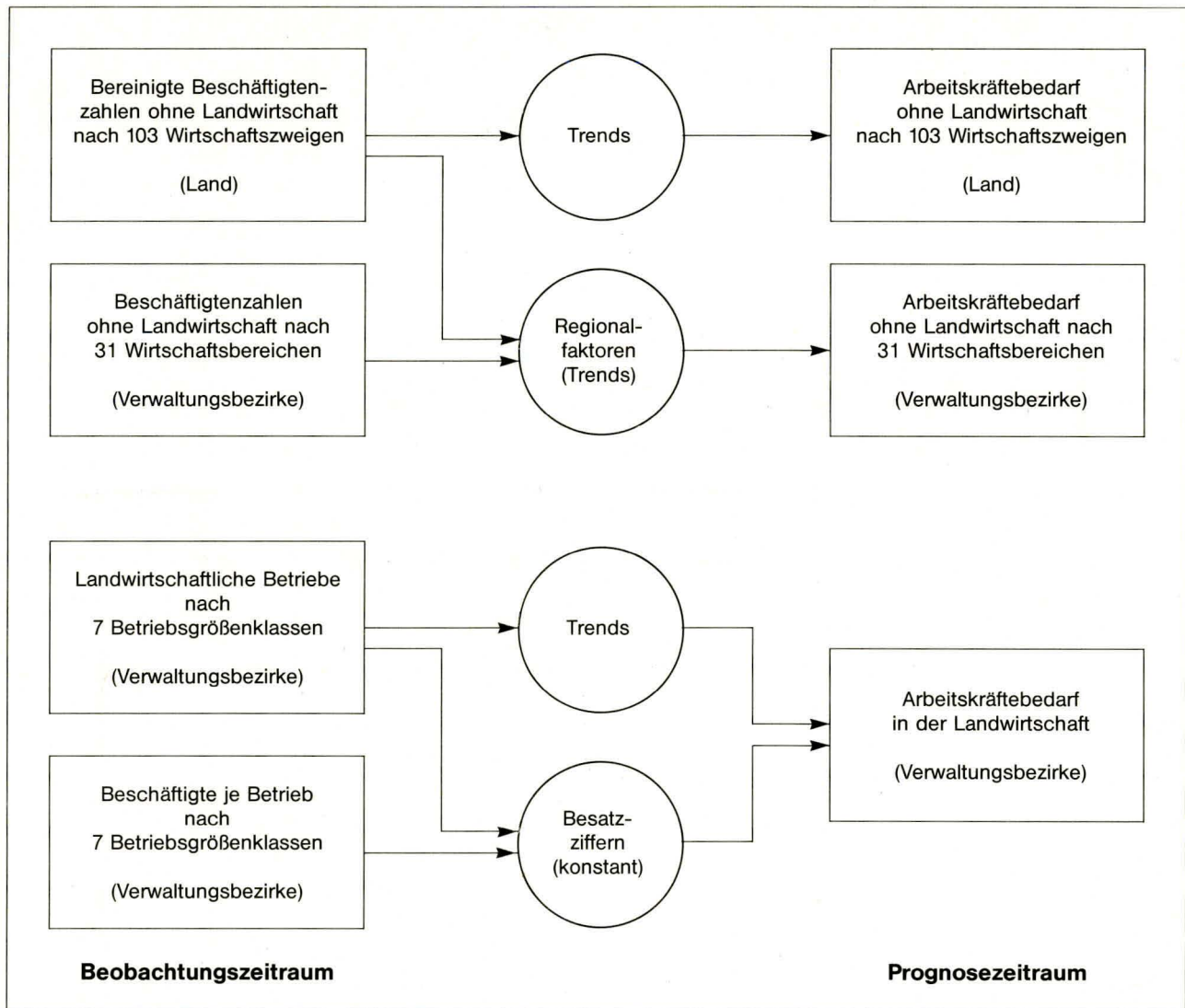
Zur Beseitigung von Strukturbrüchen sind die in die Datenbasis der Prognose einfließenden Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen und der zur Fortschreibung herangezogenen laufenden Statistiken noch in mehrfacher Hinsicht zu modifizieren, ehe sie zur Grundlage der Vorausschätzung gemacht werden können. Dies vollzieht sich in einem vierstufigen Bereinigungsverfahren.

Zunächst sind Änderungen in Berichtskreisen oder in der wirtschaftssystematischen Zuordnung, die unter Umständen innerhalb einer laufenden Statistik in dem zugrundezulegenden Stützzeitraum vorgenommen wurden, aufeinander abzustimmen. Hier wird mit Hilfe entsprechender Meßzahlenreihen der alte Berichtskreis an die Verhältnisse des neuen Berichtskreises angepaßt.

Der zweite Schritt beinhaltet die Abstimmung der Beschäftigtenzahlen aus der laufenden Statistik auf die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung. Für solche Kalenderjahre, in denen die Großzählung stattfand, werden die dabei ermittelten Beobachtungswerte unmittelbar als Datengrundlage für die Prognoseberechnung übernommen. Für die dazwischenliegenden Jahre werden die Beobachtungen aus der laufenden Statistik auf das Niveau der Arbeitsstättenzählung mit Hilfe von Korrekturfaktoren umgerechnet.

1) Vgl. G. Ickler: Neues demographisches Modell zur Prognose der Wanderungsbewegungen. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 11, November 1982.

Ablaufschema für die Prognose des Arbeitskräftebedarfs nach Verwaltungsbezirken



Die Beschäftigtenzahl eines Wirtschaftsbereichs wird unter Umständen erheblich durch gegebenenfalls bestehende Großbetriebe beeinflusst. Mitunter ändert sich die Anzahl der Beschäftigten eines solchen Betriebs relativ kurzfristig in großem Ausmaß infolge von Betriebserweiterungen oder Stilllegungen von Betriebsteilen. Solche Sonderentwicklungen, die erhebliche Auswirkungen auf den Verlauf der Beschäftigtenzahl des relevanten Wirtschaftsbereichs haben, gilt es im Hinblick auf die Prognosezwecke im Stützbereich der Vorausschätzung zu glätten. Dies ist Gegenstand des dritten Bereinigungs-schrittes. Großbetriebe im Sinne des Prognosemodells sind Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten.

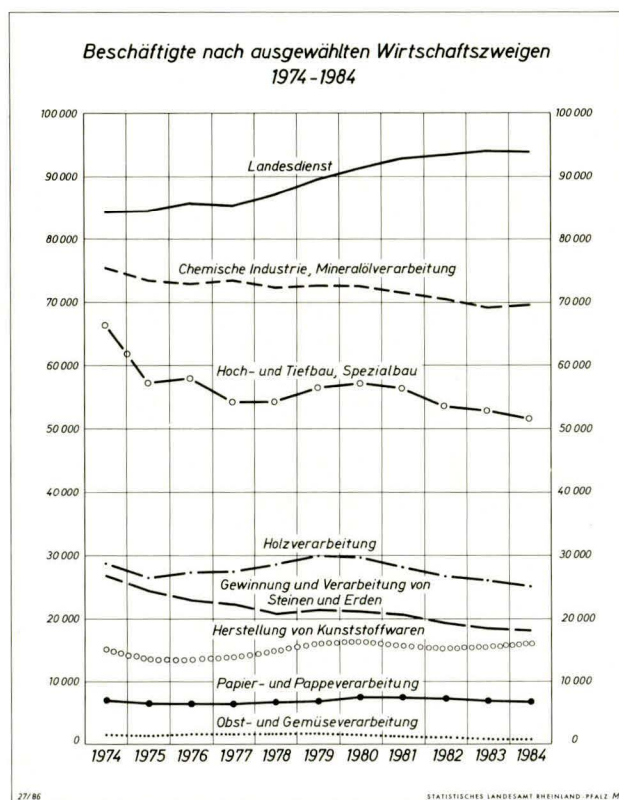
Um die für eine konjunkturneutrale Prognose erforderliche geglättete Datengrundlage zu erhalten, schließt sich in einem vierten Schritt eine Konjunkturbereinigung der Beschäftigtenzahlen an. Hierzu wird ein gleitender Fünfjahresdurchschnitt errechnet, von der Vorstellung ausgehend, daß ein Konjunkturzyklus durchschnittlich etwa fünf Jahre umfaßt.

Trendprognose der Beschäftigten auf Landesebene

Die Vorausschätzung der Beschäftigtenzahlen auf Landesebene erfolgt auf der Grundlage der bereinigten Angaben nach 103 Wirtschaftszweigen mittels Trendextrapolation. Als Stützbereich ist ein hinreichend langer Zeitraum, der stabile Prognoseergebnisse erwarten läßt, heranzuziehen. Die Auswahl der Trendfunktion orientiert sich an der Entwicklung im Stützzeitraum. Hier kann es mitunter schwierig sein, zu entscheiden, welche Trendfunktion im Einzelfall verwendet werden soll. Diese Problematik wird deutlich, wenn man sich die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen einiger Wirtschaftszweige vor Augen führt.

Regionalisierung mit Hilfe von Regionalfaktoren

Bei der regionalen Prognose der Beschäftigtenentwicklung ermöglicht die Datengrundlage eine Berechnung in einer Differenzierung nach 31 Wirtschaftsbereichen. Der Ergebnismachweis erfolgt in einer Zusammenfassung für 22 Wirtschaftsbereiche. Für eine direkte Trendberechnung auf Kreisebene reicht die Datenbasis nicht aus. Hier sieht das Modell eine Umrechnung des



Landestrends mit Hilfe von Regionalfaktoren vor, die vom überregionalen Trend abweichende kreisspezifische Entwicklungstendenzen zum Ausdruck bringen. Regionalfaktoren werden auf der Grundlage der fünf aktuellsten Beobachtungsjahre ermittelt und wiederum mittels Trendprognose in die Zukunft extrapoliert.

Für die Berechnung der Regionalfaktoren wird nach zwei großen Sektoren, dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich, unterschieden. Für alle Wirtschaftsbereiche innerhalb des jeweiligen Sektors wird einheitlich der gleiche Regionalfaktor herangezogen. Eine weitergehende Differenzierung der Regionalfaktoren nach kleineren Wirtschaftsbereichen ist wegen des unzureichenden Datenmaterials problematisch und hat sich nach bisherigen Erfahrungen nicht bewährt. Für den öffentlichen Bereich (einschließlich Bahn und Post) wird die landesdurchschnittliche Entwicklung unmittelbar auf die Kreise übertragen. Hier unterstellt das Modell, daß regional abweichende Entwicklungen im Prognosezeitraum nicht auftreten.

Trendprognose landwirtschaftlicher Betriebe nach Betriebsgrößenklassen

Der in der Vergangenheit beobachtete erhebliche Strukturwandel in der Landwirtschaft läßt sich an der Entwicklung der Anzahl der Betriebe nach verschiedenen Betriebsgrößen ablesen. So lag die Anzahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche zwischen 2 und 5 ha 1971 noch bei 24 500, 1984 gab es noch etwas mehr als 13 000 Betriebe dieser Größe. Hingegen stieg die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr

Hektar im gleichen Zeitraum von 470 auf 1764. Das Prognosemodell setzt bei dieser Wandlung in der Betriebsstruktur an. Es unterscheidet sieben nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche abgegrenzte Betriebsgrößenklassen. Zur Prognose werden Trendberechnungen in den einzelnen Betriebsgrößenklassen für alle Kreise und kreisfreien Städte durchgeführt. Als Ausgangsdaten stehen die Betriebszahlen aus den Landwirtschaftszählungen 1971 und 1979 sowie aus der jährlich durchgeführten Bodennutzungserhebung zur Verfügung.

Um prognostizierte Beschäftigtenzahlen zu erhalten, werden die Betriebszahlen mit der sogenannten Besatzziffer, der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Betrieb in der jeweiligen Größenklasse, multipliziert. Diese Besatzziffern werden auf der Grundlage der Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1979 nach Kreisen differenziert berechnet und bleiben im gesamten Prognosezeitraum konstant. Die Besatzziffern werden mit Hilfe der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft laufend überprüft und gegebenenfalls der neuen Entwicklung angepaßt.

Da die Landwirtschaftsstatistik mit einem Arbeitskräftekonzept operiert, das sich von dem anderer Wirtschaftsbereiche unterscheidet, werden als Beschäftigte die im Betrieb vollbeschäftigten und die überwiegend mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte sowie die ständig im Betrieb beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte berücksichtigt. Diese Abgrenzung kommt dem Beschäftigtenbegriff der Prognose am nächsten.

Ergebnisnachweis für 103 Wirtschaftszweige

Die Ergebnisse der Beschäftigtenprognose werden für das Land in einer Differenzierung nach 103 Wirtschaftszweigen ausgewiesen. Über die absoluten Zahlen hinaus werden auch die Anteile an der Gesamtbeschäftigtenzahl, die auf das Basisjahr bezogenen Maßzahlen und die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr angegeben.

Prognostizierte Beschäftigtenzahlen für kreisfreie Städte und Landkreise sowie für die fünf Planungsregionen werden nach 22 Wirtschaftsbereichen untergliedert dargestellt. Darüber hinaus erfolgt eine Zusammenfassung nach den vier Wirtschaftssektoren Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungssektor sowie Staat, Organisationen ohne Erwerbszweck. Über die Anzahl der Beschäftigten hinaus werden wiederum auch die Anteile der Wirtschaftsbereiche, die Maßzahlen und die Veränderungsdaten angegeben.

Die Beschäftigtenprognose beschreibt die langfristigen Entwicklungstendenzen, also den Trend der Zeitreihe der Beschäftigten. Konjunkturelle Abweichungen von diesem Trend kann das Modell nicht prognostizieren.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Vermögensbesitz privater Haushalte Ende 1983

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Im Jahre 1983 fand bundesweit auf freiwilliger Basis eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt. Seit 1962 war es die fünfte dieser Art. Ihr Hauptziel war der detaillierte Nachweis von Einkommensquellen und -verwendung und die Darstellung der Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung der privaten Haushalte. Nicht berücksichtigt wurden Ausländer, Bewohner von Anstalten und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25 000 DM und mehr. Im Schlußinterview zum 31. Dezember 1983 wurde hauptsächlich nach den vorhandenen Vermögensbeständen und Schulden gefragt, und zwar nach Vermögen:

- Grundvermögen nach Einheitswert, laufenden Kosten, Herkunft des Grundvermögens, Restschuld aus Hypotheken, Baudarlehen, Einkünften aus Grundvermögen,
- Guthaben auf Sparkonten nach Höhe der Guthaben, prämiengünstigen Sparkonten,
- Wertpapieren (einschließlich Sparbriefen) nach Art der Wertpapiere und deren Tageswerten,
- nichtausgezahlten Bausparverträgen nach Bausparsummen und -guthaben sowie Einzahlungen im Jahre 1983,
- sonstigen Geldvermögen (Festgeld, Berlindarlehen, ohne Bestände an Bargeld, Guthaben auf Girokonten und Forderungen an Dritte),
- Eigentum oder Beteiligung an Unternehmen nach Art des Unternehmens sowie Einheitswert des Unternehmens bzw. der Beteiligung,
- Lebensversicherungs-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungsverträgen nach Versicherungssummen und Beitragshöhe im Jahre 1983.

Am Schlußinterview waren in Rheinland-Pfalz 2909 Haushalte (0,2 % aller Haushalte) beteiligt. Die Ergebnisse wurden schichtenspezifisch auf die Grundgesamtheit der 1 337 000 rheinland-pfälzischen Haushalte hochgerechnet. Während sich für das Bundesgebiet bei einer Stichprobe von 44 000 Haushalten genügend gesicherte detaillierte Ergebnisse gewinnen ließen, können für das Land wegen der sehr geringen Zahl von einbezogenen Haushalten nur einige Eckwerte publiziert und kommentiert werden.

Drei von fünf Haushalten verfügen über Grundstücke, Gebäude oder Eigentumswohnungen

Zum Grundvermögen wurden im einzelnen folgende Tatbestände erhoben:

- Einheitswert privater Grundstücke, Gebäude und Eigentumswohnungen (ohne eigengenutzte Betriebsgebäude und Betriebsgrundstücke) nach dem jeweils neuesten Bewertungsstand,

- Tilgungen und Zinsen für zum Bau, zum Erwerb oder zur Instandsetzung von Häusern, Wohnungen und Grundstücken aufgenommene Hypotheken, Baudarlehen und ähnliches sowie Höhe der Restschuld,
- laufende Kosten (Betriebskosten einschließlich Instandhaltungskosten ohne Instandsetzungskosten sowie ohne Abschreibungen und Zinsen),
- regelmäßige Einkünfte (Bruttoeinnahmen) aus Mieten und Pachten für den privaten Haus- und Grundbesitz,
- Art des Zustandekommens des privaten Grundvermögens.

Das Grundvermögen ist der wichtigste Bestandteil des Gesamtvermögens privater Haushalte. Ende 1983 waren nahezu drei Fünftel aller durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe repräsentierten Haushalte Eigentümer von Häusern, Wohnungen oder Grundstücken. Obwohl die Art des Grundvermögens im Interview nicht erfragt wurde, kann unterstellt werden, daß es sich ganz überwiegend um Haushalte mit Ein- oder Zweifamilienhäusern handelt.

Die Haushalte mit Grundvermögen wurden 1983 erstmals danach gefragt, wie sie ihren Haus- und Grundbesitz überwiegend erworben haben. Danach hatten 73 % überwiegend selbst gebaut oder gekauft, jeder Vierte hat den Besitz ererbt, die restlichen 3 % wurden auf sonstige Weise (beispielsweise durch Schenkung) Eigentümer.

In der Gliederung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes von Haus- und Grundbesitzerhaushalten lagen, ebenso wie 1978, die Landwirte mit 93 % an der Spitze, gefolgt von Selbständigen (83 %), Arbeitern (66 %), Beamten (65 %) und Angestellten (60 %). Von den Haushalten der Nichterwerbstätigen war nur jeder zweite Haus- oder Grundeigentümer. Mit zunehmender Haushaltsgröße steigt der Anteil der Haushalte mit Grundvermögen. Für Haushalte mit fünf und mehr Personen beläuft sich diese Quote auf vier Fünftel.

Im Durchschnitt aller Haushalte mit Haus- und Grundbesitz betrug der Einheitswert 41 100 DM. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Einheitswerte teilweise um ein Vielfaches unter dem Verkehrswert des Grundvermögens liegen. Die laufenden jährlichen Kosten (Verwaltung, Betriebskosten einschließlich Müllabfuhr, Straßenreinigung, Wasser, Versicherung, Grundsteuer und ähnliches sowie Instandhaltungskosten) bezifferten sich auf 1 770 DM, jährliche Tilgungen und Zinsen auf 10 170 DM und die Restschuld (einschließlich Zinsen) auf 73 300 DM. 54 % der Eigentümer sind noch mit Kredittilgungen belastet, 27 % haben jährliche Miet- und Pachteinahmen.

Vergleichsweise sollen einige Eckwerte für das Bundesgebiet genannt werden. Ende 1983 waren hier 46 % aller durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe repräsentierten Haushalte Eigentümer von Häusern, Wohnungen oder Grundstücken. In der Gliederung nach der sozialen Stellung ergaben sich folgende Anteile: Landwirte 93 %, Selbständige 72 %, Beamte 54 %, Arbeiter 50 %, Angestellte 48 % und Nichterwerbstätige 35 %. Der durchschnittliche Einheitswert je Haushalt belief sich auf 44 800 DM. Von allen Haushalten mit Haus- und Grundbesitz hatten 79 % diesen überwiegend selbst gebaut oder gekauft, 18 % ererbt und 3 % auf sonstige Weise erworben. 27 % aller Haushalte mit Grundvermögen hatten regelmäßige Einkünfte aus Mieten, Pachten und ähnlichem.

Durchschnittliches Sparguthaben je Haushalt 10 980 DM

Sparbücher haben von allen Arten der Vermögensanlage die weiteste Verbreitung. Die Geldanlage auf Sparkonten ist auch vom Volumen her die bedeutendste Form der privaten Geldvermögensbildung. Sparbücher werden meist schon in jungen Jahren angelegt und bis ins hohe Alter wird darauf nicht verzichtet. Ende 1983 besaßen 92 % aller Haushalte mindestens ein Sparbuch. Gegenüber 1978 blieb der Anteil nahezu gleich. Haushalte mit höheren Einkommen besaßen relativ häufiger Sparbücher als solche mit niedrigeren Einkommen.

In der Aufgliederung nach der Haushaltsgröße läßt sich feststellen, daß in Haushalten mit zwei und mehr Personen Sparbücher fast gleich hohe Quoten (92 bis 94 %) erreichen, während sie in Einpersonenhaushalten weniger oft anzutreffen sind (87 %). Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands gab es in 97 % der Beamtenhaushalte Sparbücher, danach folgen Angestellte (95 %) und Arbeiter (93 %), während für Selbständige, Landwirte und Nichterwerbstätige mit jeweils 89 % eine unterdurchschnittliche Quote ermittelt wurde. Gegenüber 1978 ergaben sich nur geringfügige Veränderungen.

Ende 1983 hatte jeder Haushalt, bei dem ein oder mehrere Sparbücher vorhanden waren, durchschnittlich 10 980 DM gespart. Sparguthaben unter 1 000 DM gab es in 12 % aller Haushalte mit Sparbüchern, in etwas mehr als der Hälfte beliefen sich die Guthaben auf 1 000 bis 10 000 DM, bei weiteren 20 % waren es 10 000 bis 20 000 DM und die restlichen 15 % verfügten über Beträge von 20 000 DM und mehr. Prämienbegünstigte Spareinlagen, die 1978 noch in 41 % aller Haushalte mit Sparbüchern anzutreffen waren, fanden sich Ende 1983 nur noch in jedem dritten Haushalt. Der deutliche Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß seit 1981 keine prämienbegünstigten Sparbücher mehr angelegt werden können und die vorhandenen auf auslaufende Verträge zurückgehen. Knapp jeder vierte Haushalt, der über prämienbegünstigte Sparbücher verfügte, erhielt 1983 einen solchen Sparvertrag ausgezahlt. Etwas mehr als die Hälfte der ausgezahlten Beträge wurde ganz oder überwiegend wieder gespart bzw. für den Erwerb von

Haus- und Grundbesitz verwendet, das übrige Geld ganz oder überwiegend für Konsumgüter ausgegeben.

Im Bundesgebiet verfügten Ende 1983 neun Zehntel aller Haushalte über mindestens ein Sparbuch. Am höchsten war der Anteil der Haushalte mit Sparbüchern bei den Beamten (96 %), danach folgen Angestellte (94 %), Arbeiter und Landwirte (je 93 %), Selbständige (88 %) und Nichterwerbstätige (87 %). Das durchschnittliche Sparguthaben je Haushalt belief sich auf 10 800 DM. Von allen Haushalten mit Sparbüchern hatten zwei Fünftel prämienbegünstigte Sparbücher.

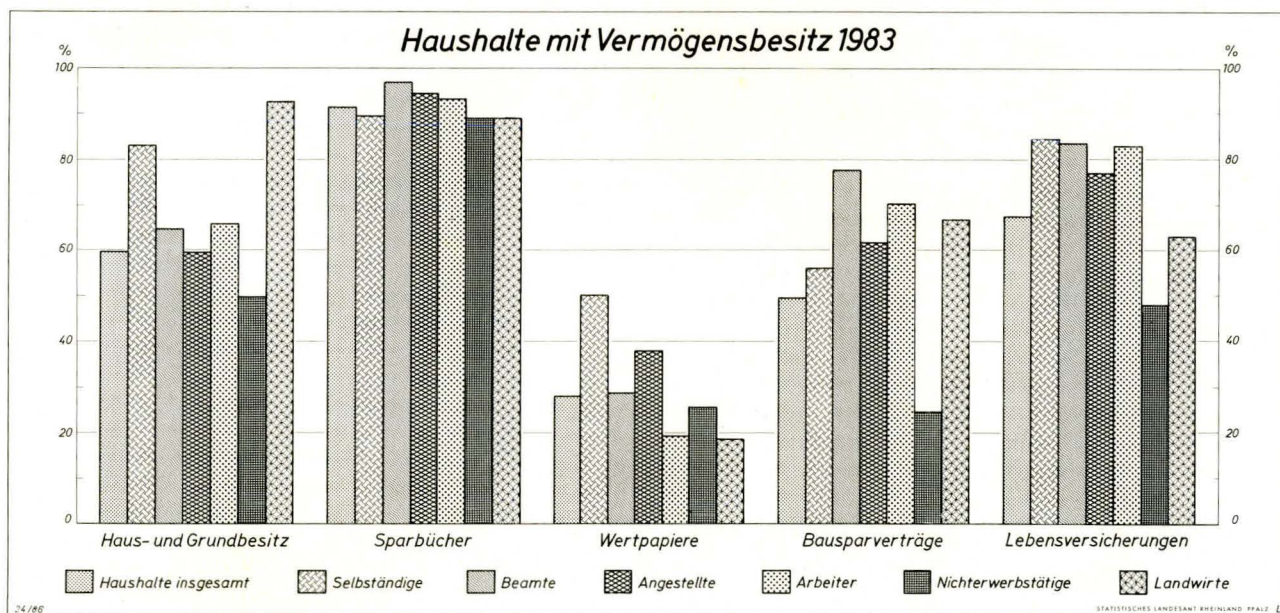
Fast drei Zehntel aller Haushalte besitzen Wertpapiere

Wertpapiere stellen die bei den befragten Haushalten am wenigsten verbreitete Anlageform dar. Als Wertpapiere wurden im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 erfaßt:

- Sparbriefe,
- Pfandbriefe, Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen,
- Staatsschuld-papiere (Wertpapiere der öffentlichen Hand, wie öffentliche Anleihen, Kassenobligationen, Bundesschatzbriefe),
- Aktien,
- Zertifikate von Immobilien- und Investmentfonds,
- sonstige Wertpapiere (Industrieobligationen, Wandelschuldverschreibungen, Kuxe).

28 % aller rheinland-pfälzischen Haushalte verfügten Ende 1983 über Wertpapiere. Aktien allein hatten 5 % aller Haushalte, weitere 4 % Aktien und andere Wertpapiere und 19 % nur andere Wertpapiere. Seit 1978, als ein Viertel aller Haushalte Wertpapiere besaß, hat diese Anlageform deutlich zugenommen. Im Jahre 1983 lagen Sparbriefe vor Aktien, Pfandbriefen, Kommunalobligationen und sonstigen Bankschuldverschreibungen, 1978 waren dagegen am häufigsten Aktien und Sparbriefe anzutreffen. In der Gliederung der Haushalte nach Wertpapieren nach der sozialen Stellung lagen die Selbständigen, von denen jeder zweite Wertpapiere besaß, an der Spitze. Danach folgen Angestellte (38 %). Gegenüber 1978 ist die Quote bei den Selbständigen und Arbeitern deutlich angestiegen.

Im Bundesgebiet hatten Ende 1983 knapp 30 % aller Haushalte Wertpapiere in Höhe von insgesamt 169 Mrd. DM. Das entspricht einem Anteil von 31 % an dem gesamten Geldvermögen der privaten Haushalte. Nach der Anlageform lagen, ebenso wie in Rheinland-Pfalz, Sparbriefe vor Aktien. Je Haushalt mit Wertpapieren wurde ein durchschnittliches Wertpapiervermögen von 24 300 DM ermittelt.



Durchschnittliches Bausparguthaben je Haushalt 11 065 DM

Verglichen mit den Haushalten mit Sparbüchern ist der Anteil der Haushalte mit noch nicht ausgezahlten Bausparverträgen an allen privaten Haushalten erheblich niedriger. Die Frage nach bereits zugeteilten Bausparverträgen wurde im Schlußinterview nicht gestellt. Ende 1973 besaßen 41 % aller Haushalte mindestens einen Bausparvertrag, fünf Jahre später waren es schon 43 % und Ende 1983 konnte eine weitere Zunahme auf 49 % festgestellt werden. Erneut erwiesen sich die Beamten am bausparfreudigsten. Von ihnen hatten nahezu vier Fünftel einen solchen Vertrag abgeschlossen, bei den Nichterwerbstätigen war es nur ein Viertel. Zu letzteren gehören in erheblichem Umfang Haushalte von älteren Mitbürgern, die nicht mehr beabsichtigen, ein Haus zu bauen oder zu kaufen, sondern Bausparverträge eher aus steuerlichen Gründen oder wegen vorgesehener Hausrenovierungen abschließen.

Faßt man die Vertragssummen aller in einem Haushalt vorhandenen Bausparverträge zusammen, so lag Ende 1983 das Schwergewicht bei Verträgen mit 20 000 bis 50 000 DM, die einen Anteil von 42 % erreichten. Während fast drei von zehn Verträgen mit Summen unter 20 000 DM abgeschlossen wurden, waren es nur noch zwei von zehn mit Beträgen von 50 000 bis 100 000 DM und das restliche Zehntel betraf solche mit mehr als 100 000 DM. Das durchschnittliche Bausparguthaben der Haushalte mit noch nicht ausgezahlten Verträgen bezifferte sich Ende 1983 auf 11 065 DM. Zwei Drittel der angesparten Guthaben lagen unter 10 000 DM, weitere 20 % zwischen 10 000 und 20 000 DM und die restlichen 14 % über 20 000 DM. Die durchschnittliche jährliche Sparleistung je Haushalt erreichte 2 240 DM.

Die für das Bundesgebiet ermittelten Werte weichen von den für Rheinland-Pfalz errechneten Eckzahlen nur geringfügig ab. Im Bundesgebiet verfügten Ende 1983

vier von zehn Haushalten über noch nicht ausgezahlte Bausparverträge. Nach der sozialen Stellung waren Bausparverträge vor allem in Haushalten von Beamten (68 %), Landwirten (60 %) und Selbständigen (56 %) anzutreffen, am wenigsten hingegen bei Nichterwerbstätigen (18 %). Das durchschnittliche Bausparguthaben betrug 11 800 DM und die durchschnittliche jährliche Sparleistung 2 330 DM.

85 % der Selbständigen haben Lebensversicherungsverträge

Lebensversicherungsverträge dienen hauptsächlich der Alterssicherung, sollen aber auch Risiken bei unerwartet eintretenden Todesfällen absichern. Zu den Lebensversicherungen gehören Versicherungen im Erlebens- und Todesfall, Risikoversicherungen (nur Todesfall), Sterbegeldversicherungen, Ausbildungsversicherungen und Aussteuerversicherungen.

Von den befragten Haushalten hatten sich Ende 1983 insgesamt 67 % durch mindestens eine der genannten Versicherungen finanziell abgesichert, gegenüber 71 % fünf Jahre zuvor. Wegen der geringen Erhebungsgesamtheit lassen sich Gründe für das veränderte Verhalten der Haushalte nur mit Einschränkungen nennen. Lebensversicherungen dürften, obwohl sie steuerlich besonders gefördert werden, als Anlageform inzwischen weniger begehrt sein, zumal neuerdings Kreditinstitute in Konkurrenz zu den Versicherungen einen Sparplan mit Versicherungsschutz anbieten. Erwartungsgemäß besaßen, ebenso wie 1978, auch Ende 1983 die Haushalte der Selbständigen am häufigsten Lebensversicherungsverträge (85 %). Danach folgen Beamte (84 %) und Arbeiter (83 %). Erneut konnte festgestellt werden, daß in den letzten Jahren deutlich höherwertige Versicherungsverträge abgeschlossen wurden. Ende 1983 hatte nur noch fast jeder fünfte Vertrag eine Vertragssumme unter 5 000 DM. Policen mit Vertragssummen über 50 000 DM besaßen inzwischen schon 28 % aller Haushalte, gegenüber 14 % Ende

1978. Der durchschnittliche Jahresbeitrag je Haushalt (ohne Haushalte mit Versicherungsverträgen, die 1983 beitragsfrei waren) belief sich auf 1 446 DM.

Im Bundesgebiet hatten zwei von drei Haushalten mindestens eine der genannten Versicherungen abge-

schlossen. Selbständige verfügten am häufigsten über Lebensversicherungsverträge (84 %), danach folgten Arbeiter (81 %) sowie Beamte und Landwirte (jeweils 77 %). Die durchschnittliche Jahresprämie je Haushalt betrug 1 416 DM, das sind 118 DM monatlich.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Fremdenverkehr in den Sommerhalbjahren 1975 bis 1985

Zwei von drei Übernachtungen fallen in die Monate April bis September

Im Jahresverlauf zeigt der Fremdenverkehr sehr ausgeprägte saisonale Unterschiede. Von den im Jahre 1985 in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben registrierten Übernachtungen betrafen 66% das Sommerhalbjahr, also die Zeit vom 1. April bis zum 30. September. Im Jahre 1975 waren es 69% gewesen. Diese Anteilsverschiebung um rund 3 Prozentpunkte ist in erster Linie auf zunehmende touristische Aktivitäten im frühen Herbst zurückzuführen. Während von den im Jahre 1975 gezählten Fremdenübernachtungen 10,3% auf den Oktober und 4,5% auf den November entfallen waren, errechnen sich für 1985 entsprechende Quoten von 11,9% bzw. 5,3%. Demgegenüber gingen die Anteile der Hauptferienmonate Juli und August um 1,7 bzw. 1,5 Punkte zurück. Der Beitrag des Monats September zum Jahresergebnis reduzierte sich im letzten Jahrzehnt von 13,4 auf 12,7%.

Strukturelle Verschiebungen erfährt der heimische Tourismus vor allem aus der stetig steigenden Zahl an Zweit- und Kurzurlauben von In- und Ausländern sowie aus der zunehmenden Bedeutung von Reisen zum Wochenende und an verlängerten Wochenenden. Der Fremdenverkehr profitiert von der zunehmenden Freizeit der Berufstätigen und von der wachsenden Zahl an Personen im Rentenalter, namentlich außerhalb der Hauptferienzeiten.

Unter den Wintermonaten veränderten sich zwischen 1975 und 1985 die Beiträge des Januars und des Februars zur jährlichen Übernachtungszahl nur unwesentlich. Die Dezemberquote nahm von 3,8 auf 4,4% zu. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Rheinland-Pfalz dem Wintersport nur geringe Bedeutung zukommt.

Unter den Gemeindegruppen variierte der Anteil der Fremdenübernachtungen im Sommerhalbjahr an der Gesamtzahl der Übernachtungen zwischen 70% bei den Erholungsorten und 59% bei den Großstädten. Überdurchschnittliche Quoten haben der Raum Mosel/Saar (72%) und das Rheintal (69%). Von den Übernachtungen in Rheinhessen fielen 57% auf die Monate April bis September.

Jugendherbergen, Pensionen und Fremdenheime, Privatzimmervermieter und gewerbliche Quartiere mit weniger als neun Betten hatten jeweils Quoten von annähernd 75%. Bei Gasthäusern und bei Ferienhäusern sowie -zentren entfielen 70% der Übernachtungen auf das Sommerhalbjahr. Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten wiesen mit 54% die niedrigste Quote aus.

Mittlere Aufenthaltsdauer der Besucher im Juli 4,2 Tage

Während des Jahres 1985 verzeichneten die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe im September und Oktober jeweils mehr als 700 000 Ankünfte von

Fremdenverkehr in den Bundesländern¹⁾ im Sommerhalbjahr 1985
(April – September)

Land	Gäste				Übernachtungen				Mittlere Aufenthaltsdauer	
	Insgesamt		Ausländer		Insgesamt		Ausländer		Gäste insgesamt	Ausländer
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Tage	
Schleswig-Holstein	2 138 678	6,0	229 265	2,7	13 106 798	9,7	403 208	2,2	6,1	1,8
Hamburg	916 858	2,6	358 465	4,3	1 715 596	1,3	673 390	3,7	1,9	1,9
Niedersachsen	3 767 999	10,7	478 977	5,7	15 985 269	11,8	1 145 943	6,2	4,2	2,4
Bremen	231 737	0,7	63 407	0,8	442 566	0,3	132 697	0,7	1,9	2,1
Nordrhein-Westfalen	4 853 627	13,7	1 009 379	12,0	16 316 430	12,0	2 361 684	12,9	3,4	2,3
Hessen	4 116 780	11,7	1 408 888	16,7	14 593 692	10,8	2 677 722	14,6	3,5	1,9
Rheinland-Pfalz	2 964 767	8,4	904 149	10,7	10 157 190	7,5	2 724 061	14,9	3,4	3,0
Baden-Württemberg	5 521 074	15,6	1 377 144	16,4	20 466 221	15,1	2 802 235	15,3	3,7	2,0
Bayern	9 458 126	26,8	2 326 715	27,6	38 786 385	28,6	4 696 560	25,6	4,1	2,0
Saarland	223 624	0,6	40 403	0,5	674 145	0,5	75 203	0,4	3,0	1,9
Berlin (West)	1 132 835	3,2	219 946	2,6	3 282 548	2,4	644 070	3,5	2,9	2,9
Bundesgebiet	35 326 105	100,0	8 416 738	100,0	135 526 840	100,0	18 336 773	100,0	3,8	2,2

1) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Betriebe mit weniger als 9 Betten.

Fremdenverkehr nach Monaten 1985

Monat	Gäste		Übernachtungen		Mittlere Aufenthaltsdauer	Kapazitäts-Auslastung
	Anzahl	%	Anzahl	%	Tage	%
Insgesamt						
Januar	173 774	3,3	644 803	3,5	3,7	11,7
Februar	205 383	3,9	718 412	3,9	3,5	13,1
März	272 017	5,1	916 132	4,9	3,4	16,7
April	375 809	7,1	1 332 889	7,1	3,5	24,3
Mai	574 762	10,9	1 894 452	10,1	3,3	34,5
Juni	569 634	10,8	2 021 640	10,8	3,5	36,8
Juli	561 789	10,6	2 377 635	12,7	4,2	43,3
August	621 700	11,7	2 364 460	12,7	3,8	43,1
September	710 361	13,4	2 378 620	12,7	3,3	43,3
Oktober	701 189	13,2	2 232 972	11,9	3,2	40,7
November	319 200	6,0	997 457	5,3	3,1	18,2
Dezember	211 072	4,0	818 877	4,4	3,9	14,9
Jahr 1985	5 296 690	100,0	18 698 349	100,0	3,5	28,4
Monatsdurchschnitt	441 391	8,3	1 558 196	8,3	3,5	28,4
Inländer						
Januar	143 168	3,6	555 183	3,8	3,9	10,1
Februar	163 023	4,2	587 911	4,1	3,6	10,7
März	221 973	5,6	788 022	5,4	3,6	14,4
April	287 106	7,3	1 069 773	7,4	3,7	19,5
Mai	432 530	11,0	1 498 316	10,3	3,5	27,3
Juni	408 865	10,4	1 547 922	10,7	3,8	28,2
Juli	336 869	8,6	1 555 695	10,7	4,6	28,3
August	403 782	10,2	1 653 998	11,4	4,1	30,2
September	530 064	13,4	1 854 356	12,8	3,5	33,8
Oktober	568 603	14,4	1 843 530	12,7	3,2	33,6
November	270 470	6,9	858 372	5,9	3,2	15,7
Dezember	173 126	4,4	692 699	4,8	4,0	12,6
Jahr 1985	3 939 579	100,0	14 505 777	100,0	3,7	22,0
Monatsdurchschnitt	328 298	8,3	1 208 815	8,3	3,7	22,0
Ausländer						
Januar	30 606	2,2	89 620	2,1	2,9	1,6
Februar	42 360	3,1	130 501	3,1	3,1	2,4
März	50 044	3,7	128 110	3,1	2,6	2,3
April	88 703	6,5	263 116	6,3	3,0	4,8
Mai	142 232	10,5	396 136	9,5	2,8	7,2
Juni	160 769	11,8	473 718	11,3	2,9	8,6
Juli	224 920	16,6	821 940	19,6	3,7	15,0
August	217 918	16,1	710 462	16,9	3,3	12,9
September	180 297	13,3	524 264	12,5	2,9	9,5
Oktober	132 586	9,8	389 442	9,3	2,9	7,1
November	48 730	3,6	139 085	3,3	2,9	2,5
Dezember	37 946	2,8	126 178	3,0	3,3	2,3
Jahr 1985	1 357 111	100,0	4 192 572	100,0	3,1	6,4
Monatsdurchschnitt	113 093	8,3	349 381	8,3	3,1	6,4

Übernachtungsgästen. Damit lagen diese Monate mit 13,4 bzw. 13,2% aller Besucher des Jahres an der Spitze, gefolgt vom August (11,7%) und Mai (10,9%).

Die Hälfte der im Kalenderjahr registrierten 18,7 Mill. Fremdenübernachtungen entfiel auf die vier Monate Juli, August, September (je 12,7%) und Oktober (11,9%). Im Jahre 1985 blieben die Gäste durchschnittlich 3,5 Tage in den Beherbergungsstätten. Für das Sommerhalbjahr errechnete sich eine mittlere Verweildauer der Urlauber von 3,6 Tagen mit den höchsten Relationen im Juli (4,2 Tage) und August (3,8 Tage). Die kürzesten Durch-

schnittsaufenthalte wurden für Oktober (3,2 Tage) und November (3,1 Tage) festgestellt.

Bei den Beherbergungsgästen des Sommerhalbjahres 1985 war die mittlere Verweilzeit in den Heilbädern (5,9 Tage) am höchsten, in den Großstädten (1,8 Tage) am geringsten. Aufenthalte von jeweils annähernd 5 Tagen wurden für die Luftkur- und Erholungsorte ermittelt. Nach der Betriebsart lagen die Ergebnisse zwischen 25,2 Tagen bei Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten sowie 2,3 Tagen bei Hotels und Hotels garnis.

Die Beherbergungskapazität wurde im Sommerhalbjahr 1985 zu 37 % genutzt. Heilbäder (47 %) und Großstädte (46 %) zeigten die günstigsten Relationen. Hinsichtlich der Betriebsart führten Kureinrichtungen (88 %), gefolgt von Erholungs- und Ferienheimen (52 %) sowie Ferienhäusern, -wohnungen und Ferienzentren (44 %). Im Kalenderjahr 1985 waren die Übernachtungsmöglichkeiten aller Fremdenverkehrsbetriebe im Durchschnitt zu 28,5 % ausgelastet.

Jede zweite Ausländerübernachtung betrifft einen Niederländer

Im Sommerhalbjahr 1985 kamen in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsstätten mehr als 3,4 Mill. Gäste an, für die nahezu 12,4 Mill. Übernachtungen gezählt wurden. Knapp 30 % der Besucher waren Ausländer. Die Übernachtungen betrafen zu 26 % Urlauber aus anderen Staaten. Bei den Gästen ergaben sich die mit Abstand höchsten Anteile von Ausländern in den Monaten Juli (40 %) und August (35 %). Auch bei den Übernachtungen lagen die Ausländerquoten der beiden Hauptferienmonate an der Spitze (35 bzw. 30 %).

Vom 1. Juli bis 31. August 1985 verzeichneten die Fremdenverkehrsbetriebe des Landes insgesamt 4 742 100 Übernachtungen. Davon entfielen 3 209 700 auf deutsche und 1 532 400 auf ausländische Besucher. Für alle Urlauber errechnet sich eine mittlere Aufenthaltsdauer von 4 Tagen. Differenziert nach In- und Ausländern waren es 4,3 bzw. 3,5 Tage. Im gesamten

Sommerhalbjahr 1985 blieben alle übernachtenden Gäste durchschnittlich 3,6 Tage. Für die deutschen Touristen wurden 3,8 Tage, für die ausländischen 3,1 Tage ermittelt.

Die in Rheinland-Pfalz im Sommerhalbjahr für alle Gäste gezählten Übernachtungen betrafen zu 38 % die beiden Hauptferienmonate. An der Zahl der Inländerübernachtungen waren der Juli und August zusammen mit 35 % beteiligt, an der Zahl der Ausländerübernachtungen mit 48 %. Bundesweit entfielen – ohne Berücksichtigung der Kleinstbeherbergungsstätten – 39,2 % der Fremdenübernachtungen des Sommerhalbjahres 1985 auf die Monate Juli und August. Zu den Übernachtungszahlen der in- und ausländischen Besucher trugen die Hauptferienmonate mit Anteilen von 38,7 % bzw. 41,7 % bei.

Im Sommerhalbjahr 1985 kamen 1 014 800 ausländische Gäste nach Rheinland-Pfalz. Es wurden 3 189 650 Übernachtungen registriert, von denen über vier Fünftel auf Besucher aus den Niederlanden (47 %), Großbritannien (14 %), den USA (13,5 %) und Belgien (8,4 %) entfielen.

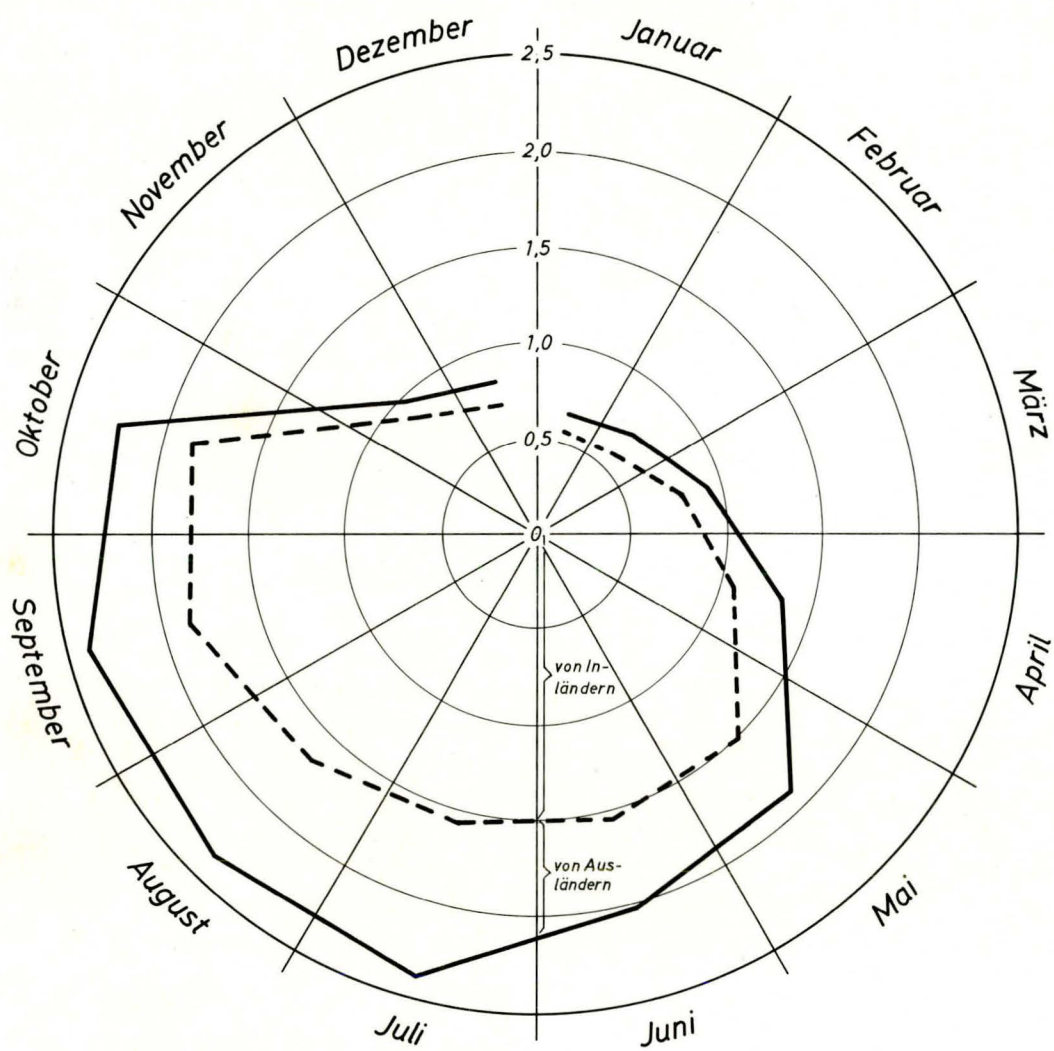
Bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Ausländer von 3,1 Tagen errechnet sich für die Niederländer eine Relation von 4,9 Tagen, die selbst die mittlere Verweildauer der deutschen Urlauber von 3,8 Tagen deutlich übersteigt. Besucher aus Belgien hielten sich 3,6 Tage, aus Großbritannien 2,4 Tage und aus den Vereinigten Staaten 2,2 Tage in den Fremdenverkehrsbetrieben auf.

Fremdenverkehr nach Fremdenverkehrsgebieten in den Sommerhalbjahren 1980 und 1985
(April bis September)

Jahr	Gäste		Übernachtungen		Mittlere Aufenthaltsdauer der		
	Insgesamt	Ausländer	Insgesamt	Ausländer	Gäste insgesamt	Inländer	Ausländer
	Anzahl				Tage		
Rheintal							
1980	544 766	172 643	1 495 038	385 009	2,7	3,0	2,2
1985	521 666	232 323	1 385 442	503 703	2,7	3,0	2,2
Rheinhessen							
1980	218 027	69 898	435 212	135 699	2,0	2,0	1,9
1985	281 207	117 473	510 884	196 914	1,8	1,9	1,7
Eifel/Ahr							
1980	476 881	106 022	2 501 342	572 678	5,2	5,2	5,4
1985	544 004	149 610	2 700 548	848 879	5,0	4,7	5,7
Mosel/Saar							
1980	769 469	179 884	2 701 913	687 547	3,5	3,4	3,8
1985	882 677	295 154	2 946 704	970 109	3,3	3,4	3,3
Hunsrück/Nahe/Glan							
1980	221 765	34 732	1 422 588	183 743	6,4	6,6	5,3
1985	273 147	57 502	1 507 583	278 125	5,5	5,7	4,8
Westerwald/Lahn/Taunus							
1980	236 840	18 255	1 283 910	59 502	5,4	5,6	3,3
1985	280 143	29 807	1 226 746	86 054	4,4	4,6	2,9
Pfalz							
1980	502 807	88 065	1 898 800	227 992	3,8	4,0	2,6
1985	631 211	132 970	2 091 789	305 852	3,3	3,6	2,3
Rheinland-Pfalz							
1980	2 970 555	669 499	11 738 803	2 252 170	4,0	4,1	3,4
1985	3 414 055	1 014 839	12 369 696	3 189 636	3,6	3,8	3,1

Fremdenübernachtungen in den Monaten 1985

(in Millionen)



Während im Juli 1985 alle ausländischen Urlauber durchschnittlich 3,7 Tage blieben, waren es bei den Niederländern 5,7 Tage und bei den Belgiern 4,3 Tage. Ähnliche Verhältnisse wurden im August festgestellt. Daraus geht hervor, daß die hier relativ stark ins Gewicht fallenden Gäste aus den Niederlanden und aus Belgien die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsorte – vornehmlich in den Höhengebieten der Eifel und des Hunsrücks sowie in den Tälern von Rhein, Mosel und Lahn – zu längeren Ferien- bzw. Erholungsaufenthalten aufsuchen. Im allgemeinen neigen ausländische Besucher der Bundesrepublik eher zu Kurzurlauben oder Besichtigungsreisen. So blieben die Gäste aus den USA selbst in den Monaten Juli und August 1985 im Durchschnitt nur 2 bzw. 2,2 Tage am gleichen Ort.

Bei einem Ausländeranteil von knapp 30 % an den im Sommerhalbjahr 1985 in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben beherbergten Gästen zeigten Pensionen und Fremdenheime (67 %), Ferienhäuser bzw. -zentren (51 %) sowie Hotels (35 %) überdurchschnittliche Relationen. Bezogen auf die Zahl der Übernachtungen lagen Ferieneinrichtungen mit einer Ausländerquote von 58 % an der Spitze (Durchschnitt 26 %). Unter den Gemeindegruppen führten Großstädte (42 %), Fremdenverkehrs- (32 %) und Luftkurorte (31 %).

Rheinland-Pfalz hat den höchsten Anteil an Ausländerübernachtungen unter den Flächenländern

Im Sommerhalbjahr 1985 zählten die Fremdenverkehrsbetriebe im Bundesgebiet – ohne Privatzimmervermieter und gewerbliche Betriebe mit weniger als

neun Betten – rund 136 Mill. Fremdenübernachtungen, wovon 7,5 % auf unser Land entfielen. An den bundesweit registrierten 18,3 Mill. Übernachtungen ausländischer Besucher waren rheinland-pfälzische Betriebe mit nahezu 15 % beteiligt.

Von der Zahl an Fremdenübernachtungen im Bundesgebiet entfielen knapp 14 % auf Ausländer. Unter den Flächenländern lag Rheinland-Pfalz mit einer Quote von 27 % weit an der Spitze, gefolgt von Hessen (18 %), Baden-Württemberg (14 %) und Bayern (12 %). Unter den Stadtstaaten führte Hamburg mit 39 % Ausländerübernachtungen vor Bremen und Berlin mit Quoten von 30 bzw. 20 %.

Im Bundesgebiet blieben im Sommerhalbjahr 1985 die inländischen Touristen durchschnittlich 4,4 Tage, die ausländischen 2,2. Rheinland-Pfalz zeigte mit mittleren Aufenthaltsdauern von 3,6 bzw. 3 Tagen unter den Flächenländern die relativ geringsten Unterschiede zwischen dem Inländer- und Ausländerreiseverkehr. Die stärkste Differenz wurde für Schleswig-Holstein mit Relationen von 6,7 bzw. 1,8 Tagen festgestellt. Bei den Stadtstaaten errechnen sich sowohl für deutsche als auch ausländische Besucher durchweg kurze Verweilzeiten, da dort in der Regel Kurzreisen, die meist Geschäfts- oder Besichtigungszwecken dienen, überwiegen.

Höchste Übernachtungszahlen in den Gebieten Mosel/Saar und Eifel/Ahr

Von den im Sommerhalbjahr 1985 in allen rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben gezählten Übernachtungen entfielen auf die Gebiete Mosel/Saar

Fremdenverkehr nach Betriebsarten und Gemeindegruppen im Sommerhalbjahr 1985
(April – September)

Betriebsart Gemeindegruppe	Betriebe ¹⁾	Betten	Gäste			Übernachtungen			Mittlere Aufent- halts- dauer	Kapazi- tätss- aus- lastung
			insgesamt	Aus- länder	insgesamt	Aus- länder				
	Anzahl	%		Anzahl	%		Tage	%		
Betriebsarten										
Hotels	1 512	57 658	1 650 094	48,3	35,3	3 821 555	30,9	34,0	2,3	36,2
Hotels garni	382	10 067	315 626	9,2	17,5	718 664	5,8	26,9	2,3	39,0
Gasthäuser	1 172	18 670	249 475	7,3	9,8	724 736	5,9	21,8	2,9	21,2
Pensionen und Fremdenheime	700	11 348	145 568	4,3	67,4	737 196	5,9	12,3	5,1	35,5
Erholungs- und Ferien- heime, Kinderheime	111	6 956	112 693	3,3	4,9	666 660	5,4	3,7	5,9	52,4
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	67	8 237	52 724	1,5	3,9	1 327 617	10,7	1,4	25,2	88,1
Ferienzentren, Ferienhäuser	243	18 670	195 779	5,7	51,4	1 515 576	12,3	58,2	7,7	44,4
Jugendherbergen ²⁾	87	8 237	244 682	7,2	14,5	653 013	5,3	8,4	2,7	43,3
Privatzimmervermieter ³⁾	(8 639)	43 197	447 414	13,2	24,8	2 204 679	17,8	21,2	4,9	27,9
Gemeindegruppen										
Großstädte	227	12 447	590 945	17,3	45,9	1 042 565	8,4	42,1	1,8	45,8
Heilbäder	622	33 862	493 882	14,4	20,1	2 903 399	23,5	9,3	5,9	46,9
Luftkurorte	379	18 853	280 982	8,2	25,4	1 377 134	11,1	31,2	4,9	39,9
Erholungsorte	667	32 215	496 803	14,6	23,1	2 362 610	19,1	26,9	4,8	40,1
Fremdenverkehrsorte	1 865	75 413	1 394 776	40,9	31,1	4 203 115	34,0	31,6	3,0	30,5
Sonstige Gemeinden	514	10 250	156 667	4,6	15,8	480 873	3,9	17,9	3,1	25,6
Insgesamt	4 274	183 040	3 414 055	100,0	29,7	12 369 696	100,0	25,8	3,6	36,9

1) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Betriebe mit weniger als 9 Betten. – 2) Einschließlich jugendherbergsähnlichen Einrichtungen. – 3) Einschließlich gewerbliche Betriebe mit weniger als 9 Betten. Die Betriebszahl wurde geschätzt.

Fremdenverkehr in den Heilbädern sowie in Gemeinden mit über 100 000 Übernachtungen
im Sommerhalbjahr 1985
(April – September)

Gemeinde	Gäste		Übernachtungen		Mittlere Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Tage
Heilbäder					
Bad Neuenahr-Ahrweiler	72 812	7,8	443 937	4,6	6,1
Bad Kreuznach	43 656	3,2	306 771	2,4	7,0
Bad Münster a. St.-E.	22 273	- 12,0	292 408	- 0,7	13,1
Bad Dürkheim	50 609	13,7	222 690	1,5	4,4
Boppard	73 895	- 3,2	215 003	- 5,2	2,9
Bad Ems	24 466	10,7	203 233	22,0	8,3
Bad Bergzabern	26 676	1,2	198 419	- 0,9	7,4
Bad Bertrich	10 750	- 12,0	181 771	14,8	16,9
Daun	35 526	- 2,5	180 240	- 7,9	5,1
Manderscheid	17 212	- 4,9	119 777	- 2,3	7,0
Lahnstein	35 404	- 0,9	104 857	7,2	3,0
Bad Hönningen	20 053	- 0,9	90 750	2,0	4,5
Bad Breisig	11 940	- 10,0	72 154	3,7	6,0
Vallendar	12 779	- 12,6	66 109	- 2,2	5,2
Bad Marienberg	11 895	12,2	52 494	- 14,4	4,4
Sobernheim	4 970	- 22,9	51 358	- 3,7	10,3
Rengsdorf	8 833	- 10,1	44 191	- 10,4	5,0
Kyllburg	2 680	- 2,7	21 000	- 6,6	7,8
Sinzig	2 733	- 12,0	20 367	- 14,2	7,5
Diez	4 720	- 0,8	15 870	- 9,4	3,4
Summe Heilbäder	493 882	0,3	2 903 399	1,3	5,9
Gemeinden					
Cochem	125 946	3,7	384 779	2,0	3,1
Bernkastel-Kues	80 572	- 6,2	366 443	8,1	4,5
Trier	181 316	0,9	326 430	- 2,2	1,8
Mainz	178 105	- 1,9	320 954	- 1,9	1,8
Kröv	22 842	- 5,8	187 666	1,3	8,2
Koblenz	122 273	- 13,5	184 746	- 11,8	1,5
Stadtkyll	19 793	13,5	161 123	16,7	8,1
Gerolstein	21 735	2,6	133 938	11,7	6,2
Oberhambach	21 342	- 26,7	121 136	- 3,3	5,7
Kell	11 651	- 6,8	118 528	4,3	10,2
Ludwigshafen	70 117	- 11,2	116 440	- 3,7	1,7
Summe dieser Gemeinden	855 692	- 4,2	2 422 183	1,4	2,8
Rheinland-Pfalz	3 414 055	- 1,3	12 369 696	- 1,2	3,6
Rheinland-Pfalz ohne Heilbäder	2 920 173	- 1,6	9 466 297	- 2,0	3,2

24 % und Eifel/Ahr 22 %. Von den Übernachtungen ausländischer Gäste wurden in diesen beiden Regionen 30 bzw. 27 % registriert. Im Vergleich zum Sommerhalbjahr 1980 stieg die Zahl der Übernachtungen im Raum Mosel/Saar um 9 %, im Gebiet Eifel/Ahr um 8 % (Landesdurchschnitt + 5,4 %). Die Zahlen der Ausländerübernachtungen lagen hier um 41 bzw. 48 % höher als fünf Jahre zuvor (Landesdurchschnitt + 42 %).

Mit einem Rückgang der Übernachtungen um 7,3 % gegenüber dem Sommerhalbjahr 1980 zeigt das Rheintal unter den Fremdenverkehrsgebieten des Landes den ungünstigsten Verlauf. Diese traditionsreiche Urlaubsregion ist allerdings nicht ohne weiteres mit der Entwicklung der übrigen meist jungen Feriengebiete vergleichbar. Im Bemühen um eine qualitative Verbesserung hat hier in letzter Zeit eine Reihe leistungsfähiger Gastronomen die Initiative zu zukunftssträchtigen Investitionen ergriffen. Im Rheintal nahm zwischen den Sommerhalb-

jahren 1980 und 1985 die Zahl der Ausländerübernachtungen um rund 30 % zu.

Im Sommerhalbjahr 1985 hielten sich im Rheintal die inländischen Besucher durchschnittlich 3 Tage, die ausländischen 2,2 Tage auf (Rheinland-Pfalz 3,8 bzw. 3,1 Tage). Daraus geht die besondere Bedeutung von Kurzaufenthalten in den Fremdenverkehrsgemeinden des Rheintals hervor. Vergleichsweise betrug die mittlere Verweildauer der deutschen Urlauber im Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan 5,7 Tage und im Gebiet Eifel/Ahr 4,7 Tage (Ausländer 4,8 bzw. 5,7 Tage).

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes lagen im Sommerhalbjahr 1985 um mehr als 8 % über dem Wert von 1980, die des Beherbergungsgewerbes um 18 %. Die Zahl der im Gastgewerbe tätigen Personen blieb nahezu unverändert, während das Beherbergungsgewerbe einen 8,5 % igen Zugang verzeichnete.

te. Im Gastgewerbe nahmen binnen fünf Jahren die Vollzeitbeschäftigten um 3,5 % ab, die Mitarbeiter im Teilzeitverhältnis um rund 6 % zu.

Zehn Gemeinden hatten mehr als 200 000 Übernachtungen

Mit rund 443 950 Übernachtungen lag im Sommerhalbjahr 1985 Bad Neuenahr-Ahrweiler unter den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden an der Spitze. Es folgen Cochem (384 780), Bernkastel-Kues (366 440), Trier (326 430), Mainz (320 950) und Bad Kreuznach (306 770). Die Heilbäder Bad Münster am Stein-Ebernburg, Bad Dürkheim, Boppard und Bad Ems zählten jeweils zwischen 200 000 und 300 000 Fremdenübernachtungen.

Diese zehn Gemeinden registrierten zusammen knapp 3 082 650 Übernachtungen, das sind 2,5 % mehr als im Sommerhalbjahr 1984. Darunter erzielte Bad Ems mit + 22 % die mit Abstand stärkste Steigerung, gefolgt von Bernkastel-Kues (+ 8,1 %) und Bad Neuenahr-Ahrweiler (+ 4,6 %). In den Heilbädern des Landes nahm im Sommerhalbjahr 1985 die Zahl der Übernachtungen durchschnittlich um 1,3 % zu. Für alle rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden ergab sich ein Rückgang um 1,2 %.

In den Heilbädern hielten sich im Sommerhalbjahr 1985 die Gäste im Durchschnitt 5,9 Tage auf. Am läng-

sten blieben die Besucher von Bad Bertrich (16,9 Tage), Bad Münster am Stein-Ebernburg (13,1 Tage), Sobernheim (10,3 Tage) und Bad Ems (8,3 Tage).

Über zwei Fünftel der Campinggäste waren Ausländer

Im Sommerhalbjahr 1985 kamen mehr als 594 500 Gäste auf die rheinland-pfälzischen Campingplätze, für die 3 051 950 Übernachtungen registriert wurden. Von den Campern waren 41 % Ausländer. Deren Übernachtungsquote belief sich auf 36 %. Gegenüber dem Sommerhalbjahr 1984 nahm die Zahl der Campinggäste um 2,3 %, die der Übernachtungen um 8,3 % zu. Die Zahl der ausländischen Camper stieg um 3 % (Übernachtungen + 4,8 %).

Von den im Sommerhalbjahr 1985 auf den Campingplätzen des Landes beherbergten 242 000 Ausländern waren 62 % Niederländer, 11 % Engländer, 7,8 % Belgier und Luxemburger und 4,2 % Dänen. Die mittlere Aufenthaltsdauer belief sich bei den Niederländern auf 5,7 Tage, bei Belgiern und Luxemburgern auf 4,1 Tage, bei den Dänen auf 3,2 Tage und bei den Briten auf 2,7 Tage. Die insgesamt 352 500 deutschen Camper blieben durchschnittlich 5,5 Tage.

Diplom-Wirtschaftsingenieur Helmut Peifer

Ausbaugewerbe 1985

Zur jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sind im Bundesgebiet nach dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Neufassung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641) bis zu 15 000 Firmen meldepflichtig. Befragt werden die Unternehmen des Ausbaugewerbes mit zehn und mehr Beschäftigten sowie solche Betriebe dieser Größe von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche, soweit diese Zweigbetriebe schwerpunktmäßig im Ausbau tätig sind.

Seit 1981 hat sich die Zahl der meldepflichtigen rheinland-pfälzischen Ausbaufirmen kontinuierlich verringert. Die rückläufigen Betriebszahlen sind allerdings nicht nur auf Betriebsaufgaben zurückzuführen. Der Berichtskreis vermindert sich auch dadurch, daß Firmen infolge Personalabbaus (weniger als zehn Beschäftigte im Juni) aus der Berichtspflicht ausscheiden. Betriebe, die zwischenzeitlich durch Personalaufstockung in diese Größenklasse aufsteigen, werden im Anschluß an

Betriebe, Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen im Juni 1985 und Umsatz 1984
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte		Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten	Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	Gesamtumsatz 1984		
		insgesamt	Veränderung zu 1984			insgesamt	Veränderung zu 1983	je Beschäftigten ¹⁾
	Anzahl	%	Anzahl	DM	1 000 DM	%	DM	
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	77	1 417	- 11,5	149	2 553	129 261	- 1,9	91 222
Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen	152	4 367	- 8,5	132	2 881	508 485	10,4	116 438
Elektroinstallation	134	3 103	- 7,5	139	2 488	279 522	- 3,9	90 081
Glasergerwerbe	14	405	- 0,7	123	2 440	38 961	7,1	96 200
Maler- und Lackierergewerbe	127	2 466	- 2,6	146	2 560	185 216	- 2,6	75 108
Bautischlerei / Parkettlegerei	27	412	12,9	158	2 529	38 842	5,2	94 277
Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei	46	774	- 13,5	146	3 339	119 927	23,0	154 944
Estrichlegerei	7	134	- 37,4	127	3 179	18 843	- 28,8	140 619
Sonstige Fußbodenlegerei und -kleberei / Ofen- und Herdsetzerei	5	64	- 27,3	141	3 125	8 797	- 14,5	137 453
Ausbaugewerbe insgesamt	589	13 142	- 7,6	139	2 699	1 327 854	3,7	101 039

1) Beschäftigte nach dem Stand von Juni 1985.

die in mehrjährigen Abständen stattfindenden Handwerks- bzw. Arbeitsstättenzählungen in den Berichtskreis einbezogen, was den Aussagewert beeinträchtigt.

Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten machten bei der letzten Vollerhebung des Handwerks im Jahre 1977 rund 85 % aller Betriebe – mit der Hälfte der Beschäftigten – aus. Der erwirtschaftete Umsatz der Unternehmen dieser Größenklasse lag bei 45 % des Branchenumsatzes.

Aufgrund der weit zurückliegenden Vollerhebung sind sich amtliche Statistik, Handwerksorganisationen und zuständige Ministerien der Notwendigkeit bewußt, diese wichtigen Datenquellen für die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung zu aktualisieren. Während die nächste Arbeitsstättenzählung im Rahmen der Volkszählung 1987 durchgeführt wird, befindet sich eine Handwerkszählung noch in der Planung, wobei das Jahr 1990 als Erhebungsjahr angestrebt wird.

Rückläufige Zahl der Betriebe

Im Juni 1985 waren in Rheinland-Pfalz 589 Betriebe des Ausbaugewerbes mit zehn und mehr Beschäftigten tätig. Das sind 46 Betriebe oder 7,2 % weniger als im Jahr zuvor. Bei zwei Drittel der Betriebe handelt es sich um solche mit zehn bis 19 Beschäftigten. Zehn Betriebe beschäftigten 100 und mehr Personen. Die Zahl der Kleinbetriebe mit zehn bis 19 Beschäftigten nahm etwas stärker ab (– 7,5 %) als die der Groß- und Mittelbetriebe (– 6,7 %). Die meisten Firmen, nämlich 152 Betriebe, zählten zum Wirtschaftszweig Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen (–7,3 %). Es folgen mit 134 bzw. 127 Einheiten die Bereiche Elektroinstallation (– 6,3 %) sowie Maler- und Lackierergewerbe (– 7,3 %).

Im Bundesgebiet nahm die Zahl der Ausbaufirmen um 4,5 % auf 11 833 Betriebe ab. Der größte Wirtschaftszweig war hier mit 2 774 Betrieben das Maler- und Lackierergewerbe (– 3 %) vor den Bereichen Elektroinstallation (– 5,6 %) und Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage (– 5,1 %).

Beschäftigtenzahl ging zurück

Die rheinland-pfälzischen Ausbaufirmen beschäftigten im Juni 1985 rund 13 100 Personen, das sind 7,6 % weniger als vor Jahresfrist. In den Wirtschaftszweigen lagen die Rückgänge zwischen – 0,7 % (Glasergerber) und – 37 % (Estrichlegerei). In den beiden größten Bereichen Heizungs- sowie Elektroinstallation entsprachen die Personalminderungen mit – 8,5 bzw. – 7,5 % etwa dem Branchendurchschnitt. Einen gestiegenen Personalstand verzeichneten Bautischler und Parkettleger (+ 13 %).

Ein Fünftel der im Ausbau tätigen Personen waren Angestellte, Inhaber und mithelfende Familienangehörige (– 10,7 %). Die Zahl der Arbeiter ging um 6,9 % auf 10 700 Personen zurück.

Betriebe, Beschäftigung und Umsatz in den Verwaltungsbezirken im Juni 1985 (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Beschäftigte	Gesamtumsatz ¹⁾ 1984
	Anzahl		1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	32	758	93 110
Landkreise			
Ahrweiler	8	125	14 480
Altenkirchen (Ww.)	8	111	13 584
Bad Kreuznach	24	660	82 264
Birkenfeld	16	293	25 047
Cochem-Zell	7	108	10 722
Mayen-Koblenz	27	480	33 867
Neuwied	26	543	64 580
Rhein-Hunsrück-Kreis	14	233	21 441
Rhein-Lahn-Kreis	25	424	44 800
Westerwaldkreis	22	565	65 047
RB Koblenz	209	4 300	468 942
Kreisfreie Stadt Trier	27	692	66 732
Landkreise			
Berncastel-Wittlich	20	371	43 648
Bitburg-Prüm	11	206	20 256
Daun	5	74	12 790
Trier-Saarburg	13	210	21 925
RB Trier	76	1 553	165 351
Kreisfreie Städte			
Frankenthal (Pfalz)	9	144	20 576
Kaiserslautern	16	348	36 497
Landau i. d. Pfalz	10	250	15 848
Ludwigshafen a. Rhein	39	1 073	98 994
Mainz	51	1 586	152 850
Neustadt a. d. Weinstr.	10	131	11 569
Pirmasens	11	160	22 013
Speyer	9	215	23 345
Worms	21	498	34 828
Zweibrücken	9	190	17 211
Landkreise			
Alzey-Worms	10	274	23 961
Bad Dürkheim	18	338	29 983
Donnersbergkreis	12	206	17 366
Germersheim	11	318	30 771
Kaiserslautern	15	483	51 988
Kusel	7	98	14 332
Südliche Weinstraße	13	255	26 434
Ludwigshafen	9	227	19 489
Mainz-Bingen	18	363	34 760
Pirmasens	6	132	10 745
RB Rheinhessen-Pfalz	304	7 289	693 561
Kammerbezirke			
Rheinhessen	100	2 721	246 399
Pfalz	204	4 568	447 162
Rheinland-Pfalz	589	13 142	1 327 854
Kreisfreie Städte	244	6 045	593 573
Landkreise	345	7 097	734 281

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Beschäftigte nach dem Stand von Juni 1985.

Im Bundesgebiet reduzierte sich der Personalstand (289 900 Personen) der Ausbaubetriebe um - 4,3 %. In den Bereichen Heizungs- sowie Elektroinstallation nahm das Personal um 5 bzw. 3,5 % ab.

Arbeitsleistung und Bezüge der Beschäftigten nahmen zu

Mit rund 1,8 Mill. Stunden lag die Arbeitsleistung im Juni 1985 um 6,9 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats. Durchschnittlich arbeiteten die Beschäftigten 139 Stunden (Juni 1984: 138 Stunden). Bezogen auf den Personalstand nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden leicht zu. Die höchste Arbeitsstundenzahl je Beschäftigten verzeichnete der Bereich Bautischlerei und Parkettlegerei (158 Stunden), die niedrigste errechnet sich für das Glasergewerbe (123 Stunden).

Bei rückläufiger Beschäftigtenzahl ging auch die Summe der ausgezahlten Löhne und Gehälter zurück. Mit rund 35,5 Mill. DM lag die Lohn- und Gehaltssumme um 3,8 % unter dem Wert vom Juni 1984. Die im Ausbaugewerbe gezahlten Bezüge betrugen im Durchschnitt rund 2 700 DM. Im Juni des Vorjahres waren es 2 600 DM gewesen. In den einzelnen Wirtschaftszweigen wurden zwischen 2 400 DM (Glasergewerbe) und 3 300 DM (Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei) gezahlt. Die Lohnkosten für jede im Ausbaubereich geleistete Arbeitsstunde beliefen sich auf 19,30 DM (Juni 1984: 18,70 DM), Lohnnebenkosten fanden dabei keine Berücksichtigung.

Umsatz insgesamt erneut gestiegen

Nachdem der Umsatz der Ausbaubranche in den Jahren 1981 und 1982 rückläufig war (- 4,8 bzw. - 5,1 %), nahm er 1983 (+ 2,9 %) und 1984 wieder zu. Mit rund 1,3 Mrd. DM lag er 1984 um 3,7 % über dem Vorjahresergebnis. Diese positive Entwicklung beruht im wesentlichen auf der Steigerung im Bereich des umsatzstärksten Wirtschaftszweiges, der Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen (+ 10 %) sowie der Zuwächse im Fliesen-, Platten- und Mosaiklegergewerbe (+ 23 %). Auch Bautischlerei und Parkettlegerei (+ 5,2 %) und das Glasergewerbe (+ 7,1 %) erwirtschafteten höhere Umsätze. Dagegen wurden für Estrichlegerei (- 29 %) sowie Fußbodenlegerei und Ofensetzerei (- 15 %) deutliche Umsatzeinbußen regi-

striert. Weniger stark ging der Umsatz der Bereiche Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation (- 1,9 %), Maler- und Lackierergewerbe (- 2,6 %) sowie Elektroinstallation (- 3,9 %) zurück.

Von den Ausbaubetrieben im Bundesgebiet wurde ein Umsatz in Höhe von 28,5 Mrd. DM erzielt. Das sind 0,9 % mehr als im Vorjahr. Der Anteil des Umsatzes aus nichtbaugewerblicher Betätigung lag bei 5,8 % gegenüber 7 % in Rheinland-Pfalz.

Regional uneinheitliche Entwicklung

Durch die auf Kreisebene teils geringe Anzahl und unterschiedliche Branchenbesetzung an Ausbaubetrieben ergab sich eine regional uneinheitliche Entwicklung. Während die Umsatzsteigerungen der in den Regierungsbezirken Trier (+ 0,8 %) und Rheinhessen-Pfalz (+ 1,7 %) ansässigen Firmen unter dem Landesdurchschnitt (+ 3,7 %) blieben, übertraf der im Jahre 1984 im Regierungsbezirk Koblenz erwirtschaftete Gesamtumsatz den des Vorjahres um 7,8 %.

Unter den Verwaltungsbezirken verzeichnete der Landkreis Bad Kreuznach (+ 49 %) die stärkste Zunahme, die größte Umsatzminderung war für den Rhein-Hunsrück-Kreis (- 35 %) festzustellen. Auf die Zahl der Beschäftigten bezogen lag der erzielte Umsatz zwischen 63 400 DM (Stadt Landau) und 172 800 DM (Landkreis Daun).

Die Zahl der Ende Juni 1985 im Ausbaugewerbe tätigen Personen verringerte sich am stärksten im Regierungsbezirk Trier (- 14,1 %). In den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz nahm der Personalstand um 10,2 bzw. 4,5 % ab. Die höchste Personalmin- derung verzeichnete die Stadt Pirmasens (- 24 %). Lediglich in den Landkreisen Kaiserslautern (+ 8,3 %), Speyer (+ 5,9 %), Ludwigshafen (+ 7,6 %) und im Donnersbergkreis (+ 3,5 %) waren mehr Personen beschäftigt als vor Jahresfrist.

Die je Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden lagen im Juni 1985 zwischen 105 (Zweibrücken) und 189 Stunden (Daun). Auf den einzelnen Beschäftigten gerechnet schwankte die Lohn- und Gehaltssumme zwischen 1 900 DM (Landkreis Bitburg-Prüm) und 3 400 DM (Landkreis Ludwigshafen).

Diplom-Betriebswirt (FH) Uwe Specht

Zentrale Verfahrens- und Programmpflege in der Krankenhausautomation

Die Krankenhausautomationsverfahren FINK (Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern), KOLK (Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern), MAIK (Anlagenbuchhaltung in Krankenhäusern) und MARK (Materialwirtschaft in Krankenhäusern) sind als Bund-/Länder-Projekte zentral für den bundesweiten Breiteneinsatz entwickelt worden.

Diese kooperative zentrale Verfahrens- und Programmentwicklung hat sich insbesondere dadurch ausgezeichnet, daß der einzelne Beteiligte nur mit einem Bruchteil der Kosten belastet wurde, die er für eine vergleichbare Eigenentwicklung hätte aufbringen müssen. Auch war hierdurch gewährleistet, daß allen interessierten Krankenhäusern rechtzeitig zu den vom Gesetzge-

ber für die schrittweise Einführung der verschiedenen Abschnitte des kaufmännischen Rechnungswesens gesetzten Terminen geeignete einheitliche DV-Verfahren zur Verfügung standen.

Mit dem Ziel, nach diesem erfolgreichen Muster auch die Folgekosten der Anwender für die Verfahrens- und Programmwartung durch Verteilung des Gesamtaufwands zu minimieren und gleichzeitig die Einheitlichkeit der gemeinsam erarbeiteten Lösungen zu erhalten, vereinbarten die an den Projektentwicklungen beteiligten Bundesländer und Institutionen, die Pflege der Verfahren und zugehörigen Standard-Anwendungsprogramme gleichfalls zentral durchzuführen.

Organisation

Die zentrale Verfahrens- und Programmpflege steuert ein von den Beteiligten gebildeter ständiger Arbeitskreis als Entscheidungs- und Kontrollorgan und eine die Pflegearbeiten zentral durchführende Programmiergruppe.

Der ständige Arbeitskreis, in dem jeder Beteiligte eine Stimme hat, veranlaßt bei der durchführenden Stelle die durch Änderung rechtlicher Vorschriften notwendigen Programmänderungen und beschließt über die von den Beteiligten eingebrachten Anträge auf Modifikation oder Erweiterung der Verfahren und Programme. Zur Vorbereitung von Entscheidungen kann der ständige Arbeitskreis problembezogene Arbeitsgruppen einrichten. Er beschließt über den Personenbedarf der zentral zuständigen Programmiergruppe und die für die Verfahrens- und Programmpflege erforderlichen Mittel. Schließlich unterstützt und berät er die mit der Arbeitsdurchführung betraute Stelle.

Die zentrale Programmiergruppe ist bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben an die Beschlüsse des ständigen Arbeitskreises gebunden. Sie stellt den Beteiligten die geänderten ausgetesteten Quellenprogramme, die fortgeschriebenen Programm- und Handlingsakten und die entsprechend ergänzten Anwender- und Operator-Handbücher zur Verfügung.

Als Empfänger der Kostenbeiträge der Beteiligten obliegt der durchführenden Stelle die Mittelbewirtschaftung der ZVP und die Führung der Verwendungsnachweise.

Beginn mit Finanzbuchhaltung

Die Initiative zur Gründung einer zentralen Verfahrens- und Programmpflege für die in Bund-/Länder-Kooperation entwickelten Krankenhausautomationsverfahren erfolgte durch den Projektausschuß Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern unter Vorsitz des Statistischen Landesamtes.

Nach Abschluß der Projektentwicklung FINK als erster bundeseinheitlicher Lösung hat sich dieser Ausschuß eine Geschäftsordnung gegeben, die im Dezember 1975 in Kraft trat. Die konstituierende Sitzung des ständigen Arbeitskreises Zentrale Verfahrens- und Pro-

grammpflege FINK fand am 12. Februar 1976 statt. Gründungsmitglieder waren Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und die Kirchliche Gemeinschaftsstelle für elektronische Datenverarbeitung (KIGST) in Frankfurt. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz als die bei der Projektentwicklung federführende Stelle wurde mit dem Vorsitz im Arbeitskreis und zugleich mit der Arbeitsdurchführung beauftragt.

Mit dem Beitritt von Bremen und Hamburg erweiterte sich der stimmberechtigte Mitgliederkreis der ZVP-FINK bis Mitte 1977 auf alle Bundesländer, die zuvor auch an der Entwicklung des Verfahrens beteiligt gewesen waren.

Weitere Verfahren

Die Erweiterung der ZVP-FINK um das unmittelbar im Anschluß an die Fertigstellung von FINK ebenfalls unter Federführung des Statistischen Landesamtes entwickelte Verfahren KOLK zur ZVP FINK / KOLK erfolgte zum 1. April 1978.

Anfang 1979, also knapp ein Jahr, nachdem die ZVP-FINK im Statistischen Landesamt um KOLK erweitert worden war, konstituierte sich mit den gleichen Beteiligten bei der KIGST in Frankfurt als der für diese Projektentwicklung federführenden Stelle die zentrale Verfahrens- und Programmpflege MAIK.

Diese neue Konstellation mehrerer in ihren Entscheidungen voneinander unabhängiger Verfahrenspflegen erwies sich wegen der engen DV-mäßigen Verflechtung der Einzelverfahren bald als unzweckmäßig. Da sich jeder ZVP-Arbeitskreis auf sein Verfahren spezialisiert hatte, war nicht auszuschließen, daß bei Sitzungen des einen Gremiums Programmänderungen beschlossen wurden, die zu außerplanmäßigen Anpassungsmaßnahmen in dem von der anderen ZVP betreuten Verfahren zwangen. Um die Koordinierung zu vereinfachen, ersetzte die Arbeitsgruppe Automation im Krankenhaus die autonomen ZVP-Arbeitskreise durch einen zentral für alle administrativen Bund-/Länder-Verfahren zuständigen Arbeitskreis ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern. Die konstituierende Sitzung fand Ende September 1980 statt. Als vorsitzführende Stelle wählten die Beteiligten das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz.

Hingegen blieb die Arbeitsdurchführung der ZVP-Programmiergruppen FINK / KOLK im Statistischen Landesamt in Bad Ems, MAIK bei der KIGST in Frankfurt und ab 1981 MARK bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) in Wiesbaden unverändert dezentral organisiert.

Während sich die dezentralen ZVP-Arbeitskreise jeweils nur mit ihren verfahrensspezifischen Änderungsanträgen und Lösungskonzepten zu befassen hatten, stand der Arbeitskreis ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern vor dem Problem, diese fachliche und datenverarbeitungsmäßige Detailarbeit für das breite Spektrum aller von ihm betreuten Automationsverfahren wahrnehmen zu müssen.

Da dies zu einer kaum praktikablen personellen und zeitlichen Überlastung der Sitzungen geführt hätte, wurden unter Vorsitz der arbeitsdurchführenden Stellen ständige verfahrensspezifische Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Entscheidungsvorschlägen für den Arbeitskreis eingerichtet. Außer der damit erreichten maßgeblichen Entlastung des Arbeitskreises dienen diese Arbeitsgruppen den Beteiligten auch als intensiv genutzte Gelegenheit für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch über die Anwendung der Verfahren

Neben MARK stand als nach FINK und KOLK drittes unter Federführung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz entwickeltes Bund-/Länder-Verfahren 1981 auch das Programmpaket KREK (Kreditorenbuchhaltung in Krankenhäusern) als planmäßige Ablösung der ursprünglichen Kreditorenbuchhaltung in FINK zur Übernahme in die ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern an.

Wege der Rationalisierung

Nach Konsolidierung der Verfahren im Jahre 1982 sah sich die ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern vor die Aufgabe gestellt, nach Möglichkeiten für eine Reduzierung der Gesamtkosten zu suchen. Die erforderliche Kostenersparnis sollte durch schrittweise Zentralisierung der Pflegearbeiten für alle Verfahren bei der ZVP-Programmiergruppe in Bad Ems realisiert werden. Konkret sah der Zeitplan für die Rationalisierungsmaßnahmen so aus, daß die Programmiergruppe MAIK bei der KIGST zum Jahresende 1983 und die Programmiergruppe MARK bei der HZD zwei Jahre später aufgelöst wurde.

Der Rationalisierungseffekt dieser Konzentration der bundeseinheitlichen Pflegearbeiten für FINK, KOLK, MAIK und MARK im hiesigen Statistischen Landesamt kommt im Vergleich zu der bisherigen dezentralen Organisation der arbeitsdurchführenden Stellen 1984 und 1985 in einer Reduzierung der ZVP-Gesamtkosten um jeweils 30 % zum Ausdruck.

Zentrale Pflege aller Programme

Durch die ursprünglich dezentrale Einrichtung der ZVP-Programmiergruppen bei den für die jeweilige Projektentwicklung federführenden Stellen bezogen sich auch nach Vollzug der Zentralisierung die Beteiligungserklärungen der ZVP-Mitglieder weiterhin individuell auf einzelne Verfahren aus dem Gesamtangebot. So waren alle Mitglieder an der zentralen Pflege von FINK/KOLK/MAIK beteiligt, aber nur ein Teil an MARK.

Mit zunehmender DV-technischer Integration der einzelnen Verfahren wurde diese Regelung zu einem Hindernis für den rationellen Einsatz der Kräfte der zentralen Programmiergruppe im Statistischen Landesamt. Entsprechend den unterschiedlichen Beteiligungserklärungen mußte nämlich das Personal der zentralen Programmiergruppe fest auf FINK/KOLK/MAIK einerseits und MARK andererseits aufgeteilt werden. Da aber diese Verfahren infolge ihrer einheitlichen logischen Konzeption, der gemeinsamen Benutzung von Dateien

sowie datenflußmäßig inzwischen so eng miteinander verflochten sind, daß nicht mehr von unabhängigen Einzellösungen, sondern nur noch von einem aus verschiedenen integrativen Bausteinen bestehenden Gesamtverfahren Rechnungswesen in Krankenhäusern gesprochen werden kann, bedingen Arbeiten an den einzelnen Teilverfahren sehr oft Anpassungsaktivitäten an den jeweils anderen Bausteinen.

Ein streng verfahrensbezogener Personaleinsatz der Mitarbeiter der zentralen Programmiergruppe im Sinne der herkömmlichen Beteiligungserklärungen war mithin in vielen Fällen der täglichen ZVP-Arbeit nicht mehr praktikabel. Daher haben die Mitglieder des ZVP-Arbeitskreises Anfang 1985 geschlossen ihre verfahrensspezifischen Beteiligungserklärungen mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in eine einheitliche Beteiligung an der ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern umgewandelt. Damit ist die zentrale Programmiergruppe im Statistischen Landesamt nicht mehr gehalten, das Personal vorrangig nach formalen Gesichtspunkten den einzelnen Teilverfahren zuzuordnen, sondern kann es verfahrensübergreifend entsprechend den arbeitsmäßigen Prioritäten einsetzen.

Dialogisierung des Ziel

Die Gesamt-ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern ist für die Pflege von fast 300 Standard-Anwendungsprogrammen verantwortlich, die zum Teil von mehr als der Hälfte der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland zur routinemäßigen Abwicklung ihres Rechnungswesens beansprucht werden. Auch andere öffentliche Einrichtungen wie kommunale Eigenbetriebe interessieren sich zunehmend für die Nutzenanwendung der Programme.

Maßgeblich für die weitere Entwicklung der ZVP wird die im Dezember 1985 eingeleitete Dialogisierung als Folge des neuen Krankenhausrechts sein.

Nach dem Zeitplan für dieses Vorhaben können die dem Statistischen Landesamt angeschlossenen Krankenhäuser ab 1986 zeitkritische Auswertungsdaten des kaufmännischen Rechnungswesens in Form der Dialogauskunft über Bildschirm vom hiesigen Hintergrundrechner tagesaktuell abrufen. In einer zweiten Ausbaustufe wird den Krankenhäusern 1987 die zusätzliche Möglichkeit der Dialogverarbeitung angeboten. Sie können dann ihre auf dem Rechner im Statistischen Landesamt vorgehaltenen Datenbestände per Bildschirm aktualisieren und auch im Dialog buchen.

Als weitere wichtige Aufgabe müssen 1986 die notwendigen Anpassungen der Automationsverfahren der Kosten- und Leistungsrechnung an die Anforderungen des novellierten Krankenhausrechts durchgeführt werden. Die mit diesen zusätzlichen Aufgaben verbundenen Kosten werden wie bisher von den Bundesländern und den kirchlichen Stellen anteilig getragen. Durch die schon in der Vergangenheit bewährte Kostenteilung wird es auch künftig möglich sein, den Krankenhäusern der neuen Gesetzeslage gemäße und kostengünstige DV-Verfahren zu Verfügung zu stellen.

Diplom-Kaufmann Hans-Peter Mast

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984		1985				1986	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 627	3 624	3 623	3 621	3 617
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 943	1 918	1 704	703 ^p	974 ^p	1 185 ^p	1 768 ^p	884 ^p	958 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,3	5,5	2,3 ^p	3,5 ^p	4,0 ^p	5,8 ^p	2,9 ^p	3,5 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 952	2 959	2 764	2 609 ^p	2 683 ^p	2 637 ^p	2 999 ^p	2 747 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,8	9,0	8,5 ^p	9,7 ^p	8,9 ^p	9,8 ^p	8,9 ^p	...
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 705	3 574	3 504	3 710 ^p	3 632 ^p	3 612 ^p	3 967 ^p	3 681 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,8	11,4	12,1 ^p	13,1 ^p	12,1 ^p	12,9 ^p	12,0 ^p	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	33	31	33	31 ^p	37 ^p	30 ^p	31	33 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	10,9	10,3	11,2	10,9 ^p	14,5 ^p	10,8 ^p	10,4	11,4 ^p	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	– 753	– 616	– 740	– 1 101 ^p	– 949 ^p	– 975 ^p	– 968 ^p	– 934 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 2,5	– 2,0	– 2,4	– 3,6 ^p	– 3,4 ^p	– 3,3 ^p	– 3,1 ^p	– 3,0 ^p	...
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 066	6 424	8 415	6 585	4 893	5 769
* Fortgezogene	Anzahl	6 565	6 601	5 429	6 707	5 242	6 224
* Wanderungssaldo	Anzahl	502	– 176	2 986	– 122	– 349	– 455
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 553	10 192	9 343	10 433	8 853	11 136
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	122 256	120 162	126 175	150 694	150 123	119 491	129 316	144 944	146 588
* Männer	Anzahl	69 433	67 230	71 458	93 710	93 771	63 379	71 583	85 169	87 722
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 739	9 121	11 027	.	.	.	11 192	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 273	44 691	45 138	.	.	.	44 714	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,5	8,3	8,8	10,5	10,5	8,3	9,0	10,1	10,2
Offene Stellen	Anzahl	4 123	4 172	3 651	3 898	4 466	5 030	4 890	5 571	6 299
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	112	.	.	.	217	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	1 169	.	.	.	1 641	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	29 026	17 571	15 894	24 654	25 772	10 020	11 948	17 211	19 098
Männer	Anzahl	22 820	13 717	12 596	21 987	22 485	7 041	9 306	14 508	16 216
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 275	14 366	15 232	14 313	12 302	15 472	15 276	15 570	12 767
* Rinder	t	4 840	4 999	5 199	5 168	4 139	5 286	5 014	5 248	4 206
* Kälber	t	24	33	47	31	32	24	31	26	21
* Schweine	t	9 302	9 210	9 833	9 020	8 034	10 010	10 094	10 204	8 458
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	82	80	73	75	70	69	74	76	69
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,4	95,0	92,4	93,1	93,3	93,4	93,3	93,9	94,1
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 732	2 684	2 670	2 688	2 689	2 635	2 635	2 625	2 626
* Beschäftigte	1 000	362	361	362	360	360	368	366	364	364
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	251	250	251	249	249	254	253	251	251
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 740	35 470	32 137	35 397	34 393	36 631	32 029	35 704	34 199
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 147	1 182	1 508	1 143	1 077	1 476	1 654	1 194	1 136
* Löhne	Mill. DM	675	693	843	670	621	860	917	704	658
* Gehälter	Mill. DM	472	489	665	473	456	616	737	490	478
* Stromverbrauch	Mill. kWh	958	991	959	998	961	1 031	966	1 036	994
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 388	6 658	6 819	6 449	6 464	6 943	6 674	6 575	6 371
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 185	2 366	2 448	2 452	2 506	2 409	2 451	2 415	2 427

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984		1985				1986	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	97	98	103	85	92	109	97	92 ^p	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	98	99	106	92	99	112	100	97 ^p	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	97	98	105	88	96	110	98	94	95 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	96	101	96	92	102	104	87	99	99 ^p
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	81	84	75	45	47	90	73	57	56 ^p
Chemische Industrie	1980 = 100	102	111	107	106	119	112	94	111	121 ^p
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	103	96	123	81	93	118	113	83	105 ^p
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV - Geräte und - Einrichtungen	1980 = 100	99	94	137	64	81	120	126	65	102 ^p
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	109	95	114	94	107	113	95	91	105 ^p
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	92	93	93	84	91	105	90	91	99 ^p
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	96	95	76	92	102	90	75	90	101 ^p
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	97	99	113	95	94	123	114	102	99 ^p
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	89	91	81	37	40	88	73	56	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	200	239	304	306	302	267	304	306	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 285	2 366	2 611	3 008	3 008	2 531	2 443	2 877	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	766	758	1 007	1 085	898	848	786	998	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 720	1 763	1 908	2 230	2 044	1 950	1 961	2 186	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	315	338	432	546	413	466	427	479	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	101	100	99	.	.	.	95	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	136	139	160	.	.	.	161	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	68 631	67 995	66 473	62 318	59 301	63 542	62 329	59 848	...
Facharbeiter	Anzahl	35 621	34 902	33 394	31 252	29 645	32 656	31 963	30 650	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 621	15 815	15 722	13 983	12 831	14 976	14 509	13 467	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 084	7 980	6 171	3 471	3 338	6 990	5 813	4 909	...
Privater Bau	1 000	5 209	5 184	3 875	2 569	2 280	4 187	3 529	3 233	...
* Wohnungsbau	1 000	3 360	3 295	2 374	1 522	1 286	2 532	2 116	1 912	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	54	59	35	12	16	31	26	18	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 795	1 830	1 466	1 035	978	1 624	1 387	1 303	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 875	2 796	2 296	902	1 058	2 803	2 284	1 676	...
Hochbau	1 000	660	636	553	303	325	643	590	540	...
Tiefbau	1 000	2 216	2 160	1 743	599	733	2 160	1 694	1 136	...
Straßenbau	1 000	1 203	1 172	319	1 409	375	1 218	943	628	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	185	181	97	92	213	179	140	...
* Löhne	Mill. DM	156	156	149	70	65	177	147	112	...
* Gehälter	Mill. DM	29	29	32	27	27	36	32	28	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	529	547	701	264	247	616	612	372	...

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984		1985				1986	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 015	819	516	574	544	505	450	527	584
* mit 1 Wohnung	Anzahl	637	530	344	389	370	328	299	369	404
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	280	211	115	136	125	126	109	109	141
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	78	57	49	49	51	42	49	39
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 144	885	581	625	606	551	478	563	590
* Wohnfläche	1 000 m ²	189	148	98	105	100	92	80	93	99
Wohnräume	Anzahl	8 950	7 017	4 740	5 026	4 743	4 430	3 831	4 470	4 660
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	356	278	181	196	200	175	152	181	187
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	3	3	2	3	–	4	–
Unternehmen	Anzahl	116	122	109	125	75	79	74	144	108
Private Haushalte	Anzahl	896	695	404	446	467	423	376	379	476
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	196	162	151	127	139	144	150	114	118
* Umbauter Raum	1 000 m ³	693	568	616	522	483	558	690	527	547
* Nutzfläche	1 000 m ²	119	97	101	87	90	96	112	102	95
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	135	110	119	152	91	108	121	116	97
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	28	51	19	18	22	46	33	19
Unternehmen	Anzahl	165	131	100	107	118	117	100	76	96
Private Haushalte	Anzahl	3	3	–	1	3	5	4	5	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	1 740	1 150	1 290	1 148	1 103	964	1 051	1 154
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 133	2 338	2 205	2 371	2 522	2 434	2 452	2 515	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 007	1 144	1 019	1 187	1 265	1 242	1 146	1 314	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	160	194	156	194	196	180	161	215	...
Dänemark	Mill. DM	35	40	33	44	46	48	44	49	...
Frankreich	Mill. DM	278	297	258	311	326	320	295	341	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	19	20	21	19	23	19	...
Großbritannien	Mill. DM	164	195	178	185	207	235	205	225	...
Irland	Mill. DM	7	7	6	8	11	8	9	9	...
Italien	Mill. DM	153	179	179	198	235	217	191	220	...
Niederlande	Mill. DM	142	159	145	166	163	154	162	172	...
Spanien	Mill. DM	36	40	36	50	47	46	44	52	...
Portugal	Mill. DM	12	10	8	11	12	14	11	10	...
USA und Kanada	Mill. DM	140	172	150	169	174	161	158	189	...
Japan	Mill. DM	38	48	61	52	49	40	55	43	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	472	435	441	393	478	369	414	314	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	102	108	104	124	105	133	195	151	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 515	1 607	1 542	1 699	1 503	1 568	1 504	1 555	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	790	854	806	884	782	870	835	863	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	205	203	173	163	135	161	156	163	...
Dänemark	Mill. DM	15	18	21	19	16	18	16	21	...
Frankreich	Mill. DM	183	191	182	186	192	182	216	215	...
Griechenland	Mill. DM	6	10	20	14	7	6	6	4	...
Großbritannien	Mill. DM	48	59	58	58	67	57	57	69	...
Irland	Mill. DM	3	3	2	2	8	4	6	5	...
Italien	Mill. DM	136	140	138	127	141	174	157	151	...
Niederlande	Mill. DM	161	193	173	264	180	221	180	191	...
Spanien	Mill. DM	27	32	33	43	31	40	35	37	...
Portugal	Mill. DM	4	5	5	8	6	6	5	7	...
USA und Kanada	Mill. DM	111	114	143	141	122	77	110	103	...
Japan	Mill. DM	27	57	65	76	56	58	48	71	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	324	241	347	275	280	285	295	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	61	52	58	63	45	38	51	48	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984		1985				1986	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	95	97	95	95	96	96	95	94
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	106	138	98	90	119	137	106	96
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	94	96	95	97	97	97	95	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	106	113	113	106	103	119	118	106	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	97	95	96	94	99	101	98	97
Teilbeschäftigte	1980 = 100	99	106	105	105	101	109	110	105	106
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	104	100	86	86	101	101	88	89
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	113	115	98	90	86	114	104	87	86
Gaststättengewerbe	1980 = 100	96	97	101	82	86	91	98	88	89
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	429	438	212	174	205	319	211	186	...
* Ausländer	1 000	77	105	37	31	42	49	38	31	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 502	1 532	782	645	718	997	819	669	...
* Ausländer	1 000	237	316	116	90	131	139	126	91	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 475	1 495	1 424	1 238	1 119	1 233	1 266	1 467	1 363
* Güterversand	1 000 t	1 183	1 139	871	504	636	811	760	800	553
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 017	13 281	8 492	10 699	10 491	11 116	9 380	13 391	13 035
Krafträder	Anzahl	1 339	1 026	200	184	461	105	103	188	269
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 726	11 441	7 749	9 800	9 361	10 431	8 671	12 497	12 104
* Lastkraftwagen	Anzahl	538	506	318	454	392	401	358	489	366
Zugmaschinen	Anzahl	315	230	184	192	192	129	164	156	198
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 323	9 808	10 145	10 499	9 353	11 747	10 231	9 729	8 075
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 892	1 813	1 595	852	974	1 502	1 402	1 231	904
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 431	7 995	8 550	9 647	8 379	10 245	8 821	8 498	7 171
Verunglückte Personen	Anzahl	2 576	2 456	2 158	1 166	1 261	2 036	1 983	1 670	1 245
* Getötete	Anzahl	61	53	64	16	32	42	58	37	27
Pkw-Insassen	Anzahl	32	24	29	13	16	26	41	23	17
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	12	11	6	-	-	4	3	4	2
Radfahrer	Anzahl	3	3	4	1	2	-	1	1	2
Fußgänger	Anzahl	11	12	20	2	12	10	10	9	5
Schwerverletzte	Anzahl	801	738	631	319	362	614	626	504	365
Pkw-Insassen	Anzahl	410	362	359	201	213	387	416	322	237
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	208	201	100	19	52	75	67	50	32
Radfahrer	Anzahl	44	40	35	11	17	27	32	23	15
Fußgänger	Anzahl	96	93	102	79	59	111	95	95	68
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	74	67	64	76	86	67	72	91	83
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	45 106	143 676	41 953	36 639	54 567	29 988	31 721	98 521	41 510
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	.	1	-	1	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 022	906	1 023	898	845	852	822	634	737
* Wechselsumme	1 000 DM	8 041	8 401	7 787	7 986	6 022	6 380	8 138	5 568	4 692

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984		1985				1986	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	72 923	76 876	76 876	76 638	77 037	79 353	81 737	81 505	81 433
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	71 328	75 111	75 111	74 859	75 270	77 501	79 858	79 632	79 551
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 322	16 246	16 246	15 985	16 097	15 511	15 996	15 527	15 512
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	14 209	15 357	15 357	15 143	15 315	14 967	15 448	14 932	14 972
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 113	889	889	842	782	544	548	595	540
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 676	9 309	9 309	9 160	9 182	8 838	9 174	8 935	8 755
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 712	7 591	7 591	7 500	7 483	7 264	7 666	7 438	7 288
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 964	1 718	1 718	1 659	1 700	1 574	1 508	1 497	1 468
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 331	49 556	49 556	49 715	49 990	53 151	54 688	55 170	55 284
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	36 993	40 005	40 005	40 130	40 348	42 625	44 088	44 532	44 614
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 338	9 551	9 551	9 585	9 642	10 527	10 599	10 638	10 670
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	59 426	63 350	63 350	62 989	63 396	65 920	70 018	69 697	70 443
* Sichteinlagen	Mill. DM	8 744	9 110	9 110	8 323	8 365	9 841	9 611	9 066	9 253
* Termingelder	Mill. DM	20 136	22 330	22 330	22 652	22 869	23 825	24 610	24 892	25 342
* Spareinlagen	Mill. DM	30 546	31 910	31 910	32 014	32 161	32 255	35 796	35 739	35 848
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 702	1 636	2 965	2 404	1 551	1 390	3 249	2 741	1 709
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 569	1 526	1 444	2 300	1 404	1 252	1 589	2 761	1 600
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 210 642	1 269 938	2 142 422	1 016 696	1 376 181	1 474 716	2 163 653	1 103 683	1 451 390
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	822 046	869 232	1 724 124	597 372	917 639	1 013 903	1 758 519	655 798	974 992
* Lohnsteuer	1 000 DM	581 559	614 530	866 036	593 371	867 043	891 273	945 651	634 519	917 170
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	108 984	114 308	—	—	402 017	381 420	—	—	439 541
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 263	99 625	409 484	— 11 233	— 14 731	— 38 864	408 231	— 25 455	— 22 359
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	14 531	20 737	23 528	20 253	5 734	13 312	10 381	45 666	8 201
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	123 694	134 341	425 076	— 5 019	59 593	148 182	394 256	1 068	71 980
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	27 817	22 578	—	—	39 541	108 408	—	—	98 639
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	388 596	400 706	418 298	419 324	458 542	460 813	405 134	447 885	476 398
* Umsatzsteuer	1 000 DM	245 161	238 076	259 322	281 927	278 505	291 384	258 885	307 804	299 036
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	143 435	162 630	158 976	137 397	180 037	169 429	146 249	140 081	177 362
* Bundessteuern	1 000 DM	163 985	149 793	258 385	54 167	145 265	121 617	238 465	41 742	170 879
* Zölle	1 000 DM	10 187	11 822	14 525	11 426	12 376	11 587	9 414	9 771	12 338
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	150 748	134 430	240 838	38 761	129 922	106 322	226 074	28 417	152 089
* Landessteuern	1 000 DM	75 660	73 523	49 854	67 096	89 076	91 187	50 127	77 813	102 976
* Vermögensteuer	1 000 DM	18 706	14 337	1 898	1 795	36 375	39 929	2 171	3 409	38 441
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	36 183	38 025	25 668	40 828	32 095	29 095	26 541	45 479	41 112
* Biersteuer	1 000 DM	6 154	6 043	5 734	5 578	5 391	6 378	5 356	6 672	4 973

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984		1985				1986	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
* Gemeindesteuern 1)	1 000 DM	437 379	515 557	510 436	.	.	.	625 421	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	8 212	7 357	.	.	.	7 382	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	81 892	85 346	74 289	.	.	.	80 164	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	299 509	376 176	389 838	.	.	.	490 014	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	35 823	33 871	28 777	.	.	.	37 187	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	791 067	802 134	1 324 773	584 506	841 774	867 253	1 309 720	616 004	909 746
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	359 736	381 054	766 398	255 026	394 896	443 021	777 718	282 220	420 385
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 426	262 471	273 996	274 664	300 351	301 838	265 370	291 133	309 664
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	615 866	649 308	1 047 460	530 236	666 538	766 095	1 029 320	582 625	722 386
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	357 758	378 715	765 452	254 198	391 278	441 922	775 329	281 362	418 957
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	173 528	188 254	206 160	208 293	184 922	232 209	175 697	222 541	191 635
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1)	1 000 DM	693 761	780 404	833 595	.	.	.	955 093	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 2)	1 000 DM	248 246	319 713	331 160	.	.	.	414 177	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	307 645	321 309	381 838	.	.	.	405 509	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	115,6	118,4	119,3	120,0	120,5	121,3	121,4	121,6	121,3
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,3	116,0	115,3	116,1	117,0	116,1	116,4	117,1	117,7
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 3)	1980 = 100	111,2	114,0	.	.	114,2	114,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	15,10	15,49	.	15,57	.	.	.	16,30	.
* Männliche Arbeiter	DM	15,92	16,32	.	16,44	.	.	.	17,18	.
* Facharbeiter	DM	16,85	17,18	.	17,32	.	.	.	18,07	.
* Angelernte Arbeter	DM	15,09	15,49	.	15,61	.	.	.	16,48	.
* Hilfsarbeiter	DM	13,20	13,60	.	13,70	.	.	.	14,53	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,17	11,52	.	11,64	.	.	.	12,23	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,73	11,06	.	11,17	.	.	.	11,93	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,1	41,0	.	40,4	.	.	.	40,2	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,6	41,4	.	40,7	.	.	.	40,4	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,3	.	39,5	.	.	.	39,2	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 738	3 881	.	3 962	.	.	.	4 127	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 385	3 504	.	3 563	.	.	.	3 711	.
* männlich	DM	4 046	4 176	.	4 242	.	.	.	4 420	.
* weiblich	DM	2 607	2 710	.	2 764	.	.	.	2 879	.
Technische Angestellte	DM	4 076	4 232	.	4 325	.	.	.	4 495	.
* männlich	DM	4 164	4 319	.	4 416	.	.	.	4 596	.
* weiblich	DM	2 874	3 018	.	3 073	.	.	.	3 179	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 525	2 642	.	2 708	.	.	.	2 826	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 514	2 626	.	2 691	.	.	.	2 816	.
* männlich	DM	3 125	3 208	.	3 265	.	.	.	3 402	.
* weiblich	DM	2 057	2 172	.	2 240	.	.	.	2 340	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984			1985				1986
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 423	61 175	61 063	61 049	61 037
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 830	30 345	23 620	29 016	12 024 ^P	30 392 ^P	21 421 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	49 515	48 680	46 537	46 550	49 047 ^P	51 255 ^P	44 722 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 861	58 010	58 016	60 135	67 567 ^P	56 940 ^P	58 504 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	– 10 346	– 9 330	– 11 479	– 13 585	– 18 520 ^P	– 5 685 ^P	– 13 782 ^P
Arbeitslose	1 000	2 258	2 266	2 189	2 325	2 619	2 149	2 211	2 347	2 590
Männer	1 000	1 273	1 277	1 196	1 319	1 581	1 126	1 180	1 297	1 503
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,1	8,8	9,4	10,6	8,6	8,9	9,4	10,4
Offene Stellen	1 000	76	88	82	80	87	112	110	110	122
Kurzarbeiter	1 000	675	384	257	268	466	127	160	184	263
Männer	1 000	548	325	205	225	420	93	123	153	231
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	95	99	110	99	91	115	114	101	96
ohne Baugewerbe	1980 = 100	96	100	111	102	97	115	117	104	100
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	96	99	111	101	95	116	116	103	99
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	94	98	102	101	92	105	102	86	94
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	99	102	118	115	97	126	130	120	103
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	92	94	102	87	90	106	102	88	93
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	99	101	119	97	98	121	120	98	101
Baugewerbe	1980 = 100	89	89	97	71	32	109	83	68	47
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 927	6 854	6 904	6 864	6 844	7 029	7 028	6 984	6 977
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	660	653	693	584	668	740	681	590	670
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	109 389	116 538	126 259	119 022	116 813	138 092	128 964	126 836	119 029
Auslandsumsatz	Mill. DM	29 603	33 544	37 278	36 437	33 919	39 842	38 282	40 012	35 290
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 939	27 599	29 545	30 683	35 533	30 311	32 593
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 971	2 922	3 280	3 515	3 777	2 956	3 329	2 771	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 122	1 106	1 107	1 078	981	1 058	1 042	1 013	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	122	130	92	48	144	105	85	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 866	9 079	11 045	12 340	4 808	10 994	10 154
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 657	11 327	8 481	7 407	7 701	9 877	7 501	6 848	6 750
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 838	9 892	7 409	6 475	6 814	8 991	6 762	6 133	6 146
Wohnfläche	1 000 m ²	2 804	2 230	1 642	1 434	1 436	1 731	1 356	1 279	1 184
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 215	2 509	2 389	1 975	1 724	2 792	2 219	2 048	1 774
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	34 964	28 020	21 067	18 496	18 418	21 162	16 761	16 435	14 460
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	108,4	111,2	119,7	139,3	103,1	123,5 ^r	126,1 ^r	140,9 ^P	107,5 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	107,0	108,9	102,3	103,9	90,0	121,2 ^r	101,4	104,9 ^P	93,8 ^P

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984			1985				1986
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 028	40 684	44 988	42 209	42 107	49 256	44 211	45 024	43 801
EG - Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	18 163	20 338	22 234	20 114	21 208	24 827	22 108	21 408	22 293
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 653	2 838	2 962	2 663	3 056	3 521	3 035	2 901	3 169
Frankreich	Mill. DM	4 630	5 112	5 459	5 229	5 227	5 655	5 283	5 392	5 422
Großbritannien	Mill. DM	2 950	3 382	3 732	3 204	3 407	4 321	3 880	3 620	3 666
Italien	Mill. DM	2 674	3 140	3 517	3 114	3 280	3 921	3 471	3 260	3 579
Niederlande	Mill. DM	3 154	3 510	3 945	3 505	3 746	4 341	3 655	3 521	3 796
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	32 530	36 185	38 010	36 111	39 550	40 590	37 190	37 075	36 840
EG - Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	16 598	18 121	19 091	18 460	19 952	21 146	19 244	19 213	18 506
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 341	2 403	2 562	2 162	2 256	2 818	2 462	2 268	2 412
Frankreich	Mill. DM	3 714	3 825	4 107	3 940	4 278	4 645	3 685	4 150	3 762
Großbritannien	Mill. DM	2 261	2 774	2 960	3 309	3 399	2 995	2 899	2 750	3 011
Italien	Mill. DM	2 632	2 843	2 830	2 604	2 610	3 541	3 026	3 097	2 809
Niederlande	Mill. DM	4 016	4 419	4 553	1 029	5 345	4 916	5 086	4 713	4 559
Geld und Kredit ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 769	1 872	1 852	1 872	1 868	1 932	1 947	1 966	1 989 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 333	1 429	1 397	1 419	1 411	1 469	1 479	1 496	1 515 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	436	453	454	453	458	463	468	469	474 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 187	1 254	1 213	1 254	1 236	1 276	1 294	1 339	1 358 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	548	569	543	569	570	574	576	602	623 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	24 650	25 770	20 544	46 016	24 820	21 127	21 625	50 173	24 296
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	15 462	16 218	10 346	35 046	14 928	11 656	11 386	38 652	15 047
Lohnsteuer	Mill. DM	10 741	11 362	10 615	18 570	13 108	11 796	11 499	20 575	13 387
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 356	2 197	- 397	8 573	382	- 368	- 452	9 317	231
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 823	9 207	9 952	9 976	9 877	8 628	9 969	10 422	9 251
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 932	4 625	4 990	5 153	5 654	3 651	4 906	5 468	5 011
Bundessteuern	Mill. DM	4 343	4 505	4 788	8 602	1 046	4 613	4 711	8 775	1 118
Zölle	Mill. DM	395	444	494	468	410	456	448	467	401
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 678	3 778	4 026	7 946	388	3 889	3 957	8 038	445
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	113,8	116,1	115,2	115,3	115,4 ^r	113,5	113,9	114,1	113,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	108,2	106,9	106,0	105,7	104,7	101,4 ^r	103,0	103,5	101,5 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	115,8	119,2	120,3	120,4	121,2	121,9	121,9	121,5	121,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	111,4	114,3	114,8	.	.	.	115,5	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	111,2	114,0	114,2	.	.	.	114,9	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	99,5	100,8	101,3	.	.	.	103,5	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	115,6	118,4	119,2	119,3	120,0	121,1	121,3	121,4	121,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,3	116,0	115,2	115,3	116,1	115,9	116,1	116,4	117,1
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	113,0	115,7	117,0	117,0	117,2	119,1	119,7	119,7	119,8
Wohnungsmieten	1980 = 100	115,6	120,0	121,9	122,1	122,5	124,7	124,8	125,0	125,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	124,5	128,8	130,9	131,1	133,6	133,4	134,5	132,3	129,2
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	113,7	115,9	116,5	116,5	116,7	118,2	118,5	118,4	118,5
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	115,6	118,0	118,5	118,6	118,9	120,2	120,3	120,4	120,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	117,1	120,1	122,0	121,8	121,6	123,5	123,6	123,6	122,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	111,4	114,2	115,1	115,4	116,4	115,8	116,3	116,8	117,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	118,5	120,8	121,5	121,9	124,1	126,4	126,4	127,0	129,3

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen. 4) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Höchststand der Übernachtungen durch Kurgäste

Im Jahre 1985 übernachteten in den Fremdenverkehrsbetrieben von Rheinland-Pfalz 5,3 Mill. Besucher. Das bedeutet eine Steigerung um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr und damit den bisherigen Höchststand. Die Gäste hielten sich im Durchschnitt zwischen drei und vier Tagen am Urlaubsort auf, wodurch die Zahl der Übernachtungen mit 18,7 Mill. das Ergebnis des Vorjahres um 1,7 % übertraf.

Aus dem Inland kamen 3,9 Mill. Gäste (– 1,5 %), aus dem Ausland 1,4 Mill. (+ 8 %). Die Hotels verzeichneten mit 5,9 Mill. Übernachtungen nur eine leichte Steigerung (+ 0,1 %). In den Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben ergab sich sogar ein Rückgang um 1,3 %. In den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten erhöhten sich die Übernachtungen um 12 % auf 2,5 Mill. sr

Produktion im Februar um über 7 % über Vorjahr

Die Produktion von Industrie und Handwerk lag im Februar 1986 um 7,3 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (+ 12,6 %) setzte sich die Aufwärtsentwicklung beim Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen mit einem Plus von 24 % fort. Während der Bereich Steine und Erden eine überdurchschnittliche Zunahme von 17 % verzeichnete, blieb die Produktion der chemischen Industrie (+ 1,4 %) nur knapp über dem Vorjahresergebnis. fu

Auftragseingänge im Februar durch höhere Inlandsnachfrage über Vorjahresniveau

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk lagen im Februar um 1,2 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Einer erhöhten Inlandsnachfrage (+ 6,4 %) stand eine Verringerung der Auslandsbestellungen von 5,9 % gegenüber. Die höchste Zuwachsrate erzielte das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit + 9,8 %. Hier erhöhte sich die Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen um 25 %. Die Verbrauchsgüterindustrie verzeichnete eine Zunahme von 2,1 %, während sich die Nachfrage im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich um 5,5 % verringerte. Beide Bereiche wurden durch die schwächere Auslandsorder beeinflusst (– 5,2 bzw. – 9,7 %).

Gegenüber dem Vormonat nahm die Bestelltätigkeit bei deutlich zurückgegangenen Auslandsaufträgen (– 15 %) und schwächerer Binnennachfrage (– 0,6 %) um 6,5 % ab. fu

6 % mehr Ausfuhren im Januar 1986

Im Januar 1986 lieferten rheinland-pfälzische Exporteure für mehr als 2,5 Mrd. DM Waren ins Ausland. Über 90 % der Ausfuhren waren Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft.

Gegenüber Januar 1985 nahmen die Exporte um 6,1 % zu. Überdurchschnittlich stiegen die Lieferungen von Halbwaren (+ 14 %) und Vorerzeugnissen (+ 11 %). Die Nachfrage nach Agrarprodukten ging um rund 9 % zurück. pe

Weniger Betriebe und Beschäftigte im Ausbaugewerbe

Die 589 rheinland-pfälzischen Betriebe des Ausbaugewerbes mit zehn und mehr tätigen Personen beschäftigten im Juni 1985 rund 13 100 Personen. Die Zahl der Betriebe lag um 7,2 %, der Personalstand um 7,6 % niedriger als vor Jahresfrist. Ein Fünftel der Beschäftigten waren Angestellte, Inhaber oder mithelfende Familienangehörige (– 10,7 %). Die Zahl der Arbeiter reduzierte sich um 6,9 % auf 10 700.

Die Arbeitsleistung blieb mit rund 1,8 Mill. Stunden im Juni 1985 um 6,9 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats. Im Durchschnitt wurden je Beschäftigten 139 Stunden gearbeitet (Juni 1984: 138 Stunden). Bei rückläufigem Personalstand nahm die Lohn- und Gehaltssumme (35,5 Mill. DM) entsprechend ab.

Im Jahre 1984 betrug der Umsatz des Ausbaugewerbes in Rheinland-Pfalz 1,3 Mrd. DM. Das sind 3,7 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. spe

Mehr über dieses Thema auf Seite 86

Keine Zunahme der Umsätze im Februar

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen im Februar 1986 um 0,6 % unter dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Inlandsumsätze erhöhten sich um 1 %, die Exporte nahmen um 3,3 % ab. Deutliche Zunahmen verzeichneten der Verbrauchsgüter produzierende Bereich (+ 8,2 %) und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (+ 5,6 %). Auch der Investitionsgüter produzierende Sektor (+ 3 %) konnte seine Umsätze ausweiten. Für das Grundstoff- und Produktionsgüter produzierende Gewerbe errechnet sich eine Abnahme von 7,5 %. hel

kurz + aktuell

1985 weniger Beschäftigte, aber höherer Zugang an Aufträgen im Baugewerbe

In den rund 1050 Betrieben des rheinland-pfälzischen Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten waren 1985 im Jahresdurchschnitt 51 700 Personen tätig. Das sind 6,8 % weniger als im Vorjahr. Auch die Arbeitsleistung (– 11,5 %), die Lohn- und Gehaltssumme (– 9,2 %) und der Gesamtumsatz (– 5,2 %) lagen 1985 unter dem Vorjahresergebnis.

Bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes gingen im Jahre 1985 Aufträge im Werte von 3,9 Mrd. DM ein. Das sind 2,6 % mehr als im Vorjahr. Während im Wohnungsbau (– 5,1 %) und im Tiefbau für Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost (– 4,1 %) rückläufige Ordereingänge verzeichnet wurden, erhöhten sie sich im gewerblichen Hochbau (+ 12,6 %) und im Straßenbau (+ 8,3 %). Der Auftragsbestand lag Ende des Jahres mit 1,8 Mrd. DM um 8,1 % über dem Vorjahresstand.

Im Ausbaugewerbe reduzierten sich der Personalstand um 4,8 %, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 3,9 % und die Lohn- und Gehaltssumme um 3,1 %. Der Gesamtumsatz übertraf das Vorjahresergebnis um 0,7 %. spe

Umsätze des Gastgewerbes nahmen im Januar um 2,7 % zu

Im Januar 1986 stiegen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes im Vergleich zum Januar 1985 um 2,7 %. Eine überdurchschnittliche Entwicklung zeigten Hotels (+ 8,6 %) sowie Bars und Tanzlokale (+ 5,9 %). Die Umsätze der Schankwirtschaften nahmen um 2,1 % zu. Gasthöfe registrierten indessen ein Minus von über 20 %.

Beim Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze um 5,2 % über dem vorjährigen Vergleichswert, bei den Gaststätten um rund 1 %. pe

Weniger Fahrgäste befördert

Im Jahre 1985 beförderten die 148 rheinland-pfälzischen Straßenverkehrsunternehmen einschließlich des Busdienstes der Deutschen Bundesbahn 272 Mill. Fahrgäste. Das sind 3,6 % weniger als 1984. Rund 80 % der Fahrgäste nahmen den allgemeinen Linienverkehr in Anspruch.

Die von den öffentlichen Straßenverkehrsunternehmen gefahrenen Wagen-Kilometer nahmen um 3,1 % auf 163 Mill. zu. pf

Güternahverkehr konzentriert sich auf Westerwald und Mayen-Koblenz

Im November 1984 gab es in Rheinland-Pfalz 3 148 Unternehmen des gewerblichen Güternahverkehrs. Diese verfügten über 7 594 Lastkraftwagen mit 3 584 Anhängern. Gegenüber November 1980 verringerte sich die Zahl der Unternehmen um 64. Der Bestand an Fahrzeugen nahm um 57, der an Anhängern um 323 ab. Mehr als die Hälfte der Unternehmen besaß nur einen, ein weiteres Fünftel zwei Lastkraftwagen. Rund 18 % der Unternehmen verfügten über drei bis fünf Fahrzeuge. Insgesamt 6 545 LKW wiesen eine Nutzlast von über 4 Tonnen auf.

In zwei Landkreisen waren jeweils mehr als 200 Unternehmen im gewerblichen Güternahverkehr tätig, und zwar im Westerwaldkreis (255) und im Landkreis Mayen-Koblenz (226). Diese 481 Unternehmen verfügten zusammen über 39 % des LKW-Bestandes und 19 % der Anhänger. In 27 Verwaltungsbezirken waren jeweils weniger als 100 Unternehmen ansässig. schm

Mehr als doppelt soviel Verkehrstote im Januar 1986

Im Januar 1986 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 9 729 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 7,3 % weniger als im Januar 1985. Die Zahl der Personenschadensfälle nahm um 379 auf 1 231 zu (+ 45 %), die Zahl der Verkehrstoten hat sich von 16 auf 37 sogar mehr als verdoppelt. Die Unfälle mit nur Sachschaden gingen um 12 % auf 8 498 zurück. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung der Sachschadensunfälle ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Januar des Vorjahres die außerordentlich ungünstigen Straßenverhältnisse eine starke Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten bedingt hatten.

Von den im Januar 1986 tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmern waren 23 Insassen von Personewagen, neun Fußgänger und vier Motorradfahrer. Wie im Vorjahr kam ein Radfahrer ums Leben. Insgesamt 1 633 Personen wurden verletzt (+ 42 %), davon mußten 504 stationär behandelt werden (+ 58 %). Rund 70 % der Verletzten waren Fahrer oder Mitfahrer von Personewagen. Fußgänger und Motorradfahrer hatten Anteile von 13 bzw. 10 %. Jeder zehnte im Straßenverkehr Verunglückte war noch nicht 15 Jahre alt.

Die Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, passierten vornehmlich zum Beginn der Wochenenden. Im Durchschnitt entfielen im Januar 1986 auf einen Freitag 52 Unfälle, auf einen Samstag 43 und auf einen Donnerstag 41. Sonntags wurden im Mittel 27 Personenschadensunfälle registriert (Tagesdurchschnitt 40). pf

Deutliche Steigerung der Einzelhandelsumsätze

Im Januar und Februar 1986 nahmen die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetriebe gegenüber den ersten beiden Monaten 1985 um 6,3 % zu. Die stärkste Steigerung verzeichnete der Fahrzeughandel (+ 18 %), gefolgt von den Lebens- und Genußmittelgeschäften (+ 7,5 %).

Ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum erzielten auch Apotheken und Drogerien (+ 6,5 %). Beim Papierwarenhandel sowie den Warenhäusern und Verbrauchermärkten wurden Zunahmen um jeweils rund 6 % ermittelt. Die selbständigen Tankstellen verzeichneten infolge der niedrigen Benzinpreise ein Umsatzminus von 12 %. pe

Nur leichte Zunahme der Rebflächen

Im Weinwirtschaftsjahr 1984/85 stieg die bestockte Rebfläche in Rheinland-Pfalz geringfügig um 0,2 % auf 66 520 ha an. 2 610 ha Rodungen standen 2 620 ha Wiederanpflanzungen gegenüber. Als Folge der EG-weiten Beschränkungen für Neuanpflanzungen wurden lediglich 120 ha erstmalig mit Reben bestockt. Während die Weißweinfläche (62 070 ha) annähernd gleich blieb, wurde der Rotweinanbau um 3,6 % auf knapp 4 460 ha ausgeweitet.

Unter den einzelnen Rebsorten verzeichneten Dornfelder (+ 16 %), Blauer Spätburgunder (+ 9 %), Kerner (+ 3 %) und Riesling (+ 2 %) die größten Zuwachsraten gegenüber 1983/84. Die Anbauflächen für Morio-Muskat (- 5 %), Ruländer (- 4 %), Roten Traminer und Silvaner (- 3 %) gingen relativ am stärksten zurück. Beim Müller-Thurgau (- 1 %) hat sich der Abwärtstrend des letzten Jahres weiter fortgesetzt. Mit einem Flächenanteil von 24 % ist er jedoch nach wie vor die verbreitetste Rebsorte, gefolgt vom Riesling mit 20 %. Silvaner (9,0 %) und Kerner (8,5 %) rangierten an dritter und vierter Stelle. Zusammen mit Scheurebe (6,2 %), Bacchus (4,6 %), Blauem Portugieser (4,2 %) und Morio-Muskat (3,9 %) beanspruchten diese Sorten über 80 % der gesamten bestockten Rebfläche. km

Mehrausgaben der Kommunen 1985 gut 7 %

Die Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich im Jahre 1985 auf 7 911 Mill. DM. Sie verzeichneten damit einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 7,3 %. Entsprechende Einnahmen standen in Höhe von 7 972 Mill. DM (+ 6,3 %) zur Verfügung.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalausgaben um 5,3 % auf 2 119 Mill. DM. Für Zinsen wurden 534 Mill. DM (+ 7,5 %) ausgegeben. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand nahmen um 10,2 % auf 1 660 Mill. DM zu und die Sozialleistungen um 13,8 % auf 895 Mill. DM.

Die Sachinvestitionen betrugen 1 874 Mill. DM und lagen damit um 6,5 % höher als im Vorjahr. Für eigene Baumaßnahmen wurden 1 471 Mill. DM (+ 3,7 %) verausgabt, darunter für Schulen 199 Mill. DM (- 2,4 %), für Straßen 463 Mill. DM (+ 8 %) und für Abwasserbeseitigung 136 Mill. DM (- 4,3 %). Der Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen nahm um 18,5 % auf 403 Mill. DM zu. Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen lagen mit 289 Mill. DM um 0,4 % höher.

Die Einnahmen aus Steuern (abzüglich 243 Mill. DM Gewerbesteuerumlage und zuzüglich 1 378 Mill. DM Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) erbrachten im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 6,4 % auf 3 332 Mill. DM.

Aus Verwaltung und Betrieb wurden 1 544 Mill. DM (+ 8,3 %) und an allgemeinen Finanzzuweisungen vom Land 1 210 Mill. DM (+ 1,5 %) eingenommen.

Zum Jahresende 1985 betrugen die kommunalen Schulden (ohne die der Eigenbetriebe und Krankenanstalten) 7 333 Mill. DM. Das sind 433 Mill. DM oder 6,4 % mehr als Ende 1984. kr

Steuereinnahmen 1985 um 5 % gestiegen, bei den Gemeinden um 6,4 %

Im Jahre 1985 flossen dem Land nach der Steuerverteilung, das heißt einschließlich der dem Land zustehenden Anteile an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, 8 181 Mill. DM (+ 5 %) und den Gemeinden 3 332 Mill. DM (+ 6,4 %) zu. Die darin enthaltenen reinen Landes- und Gemeindesteuern erbrachten 3 099 Mill. DM und lagen damit um 4,9 % höher als im Vorjahr.

Das Aufkommen an reinen Landessteuern nahm um 2,1 % auf 901 Mill. DM zu, darunter die Kraftfahrzeugsteuer um 1,6 % auf 464 Mill. DM und die Vermögensteuer um 0,3 % auf 173 Mill. DM.

Von den Gemeindesteuern, die um 6,1 % auf 2 198 Mill. DM anstiegen, wies die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital als aufkommenstärkste Einzelsteuer mit 1 613 Mill. DM einen Zuwachs von 7,2 % auf. Allein im vierten Quartal 1985 lag das Gewerbesteueraufkommen um 26 % über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Grundsteuern erbrachten 388 Mill. DM (+ 1 %). kr

Kreis- und Verbandsgemeindeumlage 1985

Der Umlagebedarf der 24 rheinland-pfälzischen Landkreise verzeichnete 1985 einen Anstieg um 3,1 % auf 558 Mill. DM. Obwohl 23 Landkreise den vorjährigen Umlagesatz beibehielten oder sogar absenkten, nahm das Umlagesoll bei allen Landkreisen mit Ausnahme von Ahrweiler, Cochem-Zell und Germersheim zu.

Die Umlagegrundlagen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % auf 2 145 Mill. DM, wovon 1 730 Mill. DM (+ 3,1 %) auf die Steuerkraftmeßzahlen und 415 Mill. DM auf die Schlüsselzuweisungen (+ 4,3 %) entfielen. Dies hatte eine geringfügige Absenkung des landesdurchschnittlichen Umlagesatzes der Kreisumlage von 26,07 % auf 26,03 % zur Folge.

Für den Landkreis Germersheim wurden sowohl die höchsten Umlagegrundlagen je Einwohner (1 043 DM) als auch der höchste Umlagebedarf (282 DM) errechnet. Die niedrigsten Umlagesätze wiesen wie im Vorjahr die Kreise Trier-Saarburg und Alzey-Worms mit jeweils 23 % auf. Die höchste Umlageanspannung war in den Kreisen Kusel (29,5 %), Bad Kreuznach und Neuwied (je 28,5 %) zu verzeichnen.

Das Umlagesoll der Verbandsgemeinden erhöhte sich 1985 um 3 % auf 506 Mill. DM. Da die Umlagegrundlagen mit 3,9 % auf 1 392 Mill. DM prozentual stärker anstiegen als das Umlagesoll, sank der landesdurchschnittliche Umlagesatz von 36,66 % auf 36,34 %.

Im Jahre 1985 wurden 23 Mill. DM an Sonderumlagen erhoben. Wird dieses Umlagesoll aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit rechnerisch in die allgemeine Verbandsgemeindeumlage einbezogen, so ergibt sich eine fiktive durchschnittliche Umlageanspannung von 37,96 %, während im einzelnen die Umlageanspannung zwischen 24,20 % (VG Rudesheim) und 56,55 % (VG Waldmohr) liegt. kr

Mehr Klärschlamm in der Landwirtschaft verwertet

Bei der Reinigung des in die öffentlichen Kläranlagen eingeleiteten Abwassers fallen in Rheinland-Pfalz jährlich 600 000 m³ behandelter Klärschlamm an. Der einer landwirtschaftlichen Verwertung zugeführte Anteil dieser Menge erhöhte sich von 48 % im Jahre 1979 auf 52 % im Jahre 1983.

Die Nutzung des Klärschlammes zur Bodenverbesserung und Düngung in der Landwirtschaft ermöglicht den Einsatz wasserhaltiger Schlämme. Hierdurch kann der bei den übrigen Beseitigungsverfahren (Ablagerung auf Deponie, Verbrennung) notwendige Aufwand für die Schlammmentwässerung vermindert werden.

Besonders bei den 700 kleineren Kläranlagen für weniger als 2 000 Einwohner ist die Wiederverwertung des Klärschlammes durch Aufbringung auf landwirtschaftlich genutzte Fläche mit einem Anteil von über 80 % das dominierende Beseitigungsverfahren. wz

30%ige Steigerung des Umschlags der Binnenschifffahrt im Januar 1986

Im Januar 1986 wurden in den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen insgesamt 2,3 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 525 000 t oder 30 % mehr als im Januar 1985. Damals war infolge starken Eisgangs ein vergleichsweise niedriges Ergebnis festgestellt worden. Der Versand lag mit 0,8 Mill. t um nahezu 0,3 Mill. t über dem Vorjahresmonat (+ 59 %), entladen wurden 1,5 Mill. t (+ 19 %). Die Zahl der be- und entladenen Schiffe erhöhte sich um 187 auf rund 2 450 (+ 8,3 %).

Die Entwicklung wurde hauptsächlich durch eine hohe Zunahme bei Steinen und Erden bestimmt. Der Versand betrug mit 425 000 t mehr als das Zweieinhalbfache des Wertes von Januar 1985. Auch der Empfang von Steinen und Erden verdoppelte sich auf 366 000 t. Ebenfalls starke Umschlagssteigerungen wurden für Erze und Metallabfälle (+ 44 000 t) sowie für feste Brennstoffe und chemische Erzeugnisse (jeweils + 30 000 t) festgestellt. Lediglich landwirtschaftliche Erzeugnisse einschließlich Futtermitteln und Mineralölerzeugnissen waren von Rückgängen betroffen (- 26 000 t bzw. - 31 000 t). Im Januar 1986 entfielen vom gesamten Güterumschlag der Binnenschifffahrt 35 % auf Steine und Erden, 24 % auf Mineralölerzeugnisse und 11 % auf chemische Produkte. pf

Personenkraftwagen der oberen Mittelklasse auf dem Gebrauchtwagenmarkt besonders gefragt

Im Jahre 1985 wechselten in Rheinland-Pfalz 374 311 Kraftfahrzeuge den Besitzer. Diese Zahl ist etwas höher als im Vorjahr. Mit insgesamt 122 942 Umschreibungen lagen Personenwagen von 1 500 bis 2 000 cm³ Hubraum unter allen Fahrzeugarten an der Spitze (+ 3 %). Die Zahl der Käufe von gebrauchten Personenkraftwagen unter 1 000 cm³ und von 1 000 bis 1 500 cm³ waren rückläufig (- 1,5 % bzw. - 1,8 %). Bei den Autos über 2 Liter Hubraum sanken die Besitzumschreibungen um 2,4 %.

Nachdem bei Krafträdern seit 1977 die Zahl der Besitzumschreibungen stets zugenommen hatte, wurde 1985 erstmals wieder ein Rückgang ermittelt (- 2,4 %). pf

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.